

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 19.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. ar. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 13. Mai 1911.

Redakteur: A. Heintmann, Düsseldorf, Corneliusstr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Felegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

## Stunden.

Die Stunden, sie rinnen  
Und fliehen von hinnen!  
Sie rinnen und rauschen . . . . .

Wir horchen, wir lauschen  
Auf das, was sie bringen,  
Auf das, was sie singen  
Von Freuden und Sorgen,  
Von Glück und Leid.

Sie ziehen vorüber,  
Sie rauschen hinüber  
Und münden im Meere der Ewigkeit —  
Grete Filling.

## Unser Verband im Jahre 1910.

III.

### Lohnbewegungen und Kämpfe.

Der unbefriedigende Geschäftsgang, der in mehreren Teilen unseres vielzweigigen Gewerbes im Jahre 1910 zu verzeichnen war, hat die Tätigkeit unseres Verbandes auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse naturgemäß hemmend beeinflusst. Daß es dagegen gegenüber dem Vorjahre besser ging, findet in unserer Verbandsstatistik insofern Ausdruck, als die Zahl der Angriffstreiks im Vergleich zu den Abwehrkämpfen erheblich überwiegen. Zu Beginn des Berichtsjahres machte sich in der Textilindustrie vielerorts eine fühlbare Belebung der Geschäftslage bemerkbar, die zwar nicht überall in demselben Maße in die Erscheinung trat. Die Mitglieder benutzten die Gelegenheit, um die in den vorhergehenden Krisenjahren eingetretenen Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse wieder zu beseitigen. Die Zahl der an den Lohnbewegungen und Streiks beteiligt gewesenen Mitglieder ist im Vergleich zum Vorjahre ebenfalls erheblich gestiegen.

Von bemerkenswerten, über den Rahmen des gewöhnlichen hinausgehenden Bewegungen können wir in diesem Jahre nichts vermelden, es sei denn über den Kampf in Gronau, der jedoch in dieser Zeitung wiederholt besprochen worden ist. Hervorgehoben zu werden verdienen einige Vorgänge in Bamberg. Die ganze „Zuverlässigkeit“ und „Gerechtigkeit“ der „gelben“ Bewegung Bambergs und der Umgegend fand ein jämmerliches Ende. Wegen einer geringfügigen Ursache traten die „Gelben“, zum großen Teil unter Kontraktbruch, in den Streit. In Massen traten sie aus ihren Vereinen aus und schlossen sich, nachdem sie sich ihrer „goldenen Ketten“ entledigt hatten, teils unserem, teils dem sozialdemokratischen Verbands an. Die „gelben“ Drahtzieher hat dieser Schlag schwer getroffen, uns brachte er einige Hundert neue Mitglieder. Auch in anderen Orten Bayerns hat sich die „gelbe“ Bewegung wiederholt in radikalen Forderungen und wilden, unüberlegten Streiks Luft gemacht. Das ist die beste Lehre für die Unternehmer.

Zu den unten folgenden Zahlen eins: Sie enthalten nicht alle Bewegungen und Erfolge unseres Verbandes während des Berichtsjahres; längst nicht. Trotz wiederholter Hinweise haben es noch nicht alle Ortsgruppen begriffen, wie überaus wichtig für unsere ganze Verbandsarbeit zuverlässige Statistiken über Lohnbewegungen sind. Zahlreiche Bewegungen werden mit schönen Erfolgen durchgeführt, ohne daß die Ortsgruppen-

leitung der Zentrale irgend eine Mitteilung davon macht. Das trifft zwar nicht bei Streiks zu, weil sonst ja die Unterstützung ausbleiben würde, häufiger aber bei friedlichen Bewegungen, die statistisch zu erfassen für unsern Verband aber von ganz besonderer Bedeutung ist. Wir müssen bei jeder passenden Gelegenheit auf diese arge Pflichtversäumnis mancher Ortsgruppenvorstände hinweisen, um unseren Teil zur Verbesserung beizutragen.

Nun zu den Zahlen: Der Verband war im Jahre 1910 139 mal an Lohnbewegungen mit zusammen 7739 Mitgliedern beteiligt. Damit hat die Zahl der Bewegungen sowohl als die der beteiligten Mitglieder die Zahlen der beiden vorhergehenden Jahre überholt. Der Verband führte im Jahre 1909 135 Bewegungen mit 5506 beteiligten Mitgliedern und 1908 132 Bewegungen mit 4579 beteiligten Mitgliedern. In dieser Tatsache macht sich die Besserung der Konjunktur bemerkbar. Aber auch in der Art der Bewegungen, indem die Zahl der Angriffstreiks, die im Jahre 1910 geführt wurden, gegenüber den Vorjahren erheblich zunahm. Wir setzen zum Vergleiche die entsprechenden Zahlen der drei letzten Jahre hierher:

Art des Kampfes	1910		1909		1908	
	Zahl der Kämpfe	Beteiligte Mitglieder	Zahl der Kämpfe	Beteiligte Mitglieder	Zahl der Kämpfe	Beteiligte Mitglieder
Angriffstreiks	27	1253	6	198	—	—
Abwehrstreiks	5	101	16	501	11	569
Aussperrungen	3	1100	13	112	3	502
Zusammen	35	2454	35	811	14	1071

Von dem Jahre 1907 zu 1908 verschiebt sich das Verhältnis wesentlich zu Ungunsten der Arbeiter, indem durch den Niedergang des gewerblichen Beschäftigungsgrades unsere christliche Textilarbeiterorganisation in ihrer Tätigkeit behindert wurde; dagegen konnte die Arbeiterschaft im Jahre 1909 und mehr noch im Jahre 1910 wieder öfters zum „Angriff“ übergehen.

Wie sich das Schwergewicht unserer Verbands-tätigkeit zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse immer mehr auf die „friedlichen“ Bewegungen verschiebt, zeigen folgende Zahlen:

	1910	1909	1908
Zahl d. Bewegungen ohne Streiks	104	104	118
Zahl der Mitglieder	5285	4695	3508

Wohl mögen sich die Zahlen bei normalem Geschäftsgange etwas ändern, immerhin werden die Bewegungen ohne Streiks die Zahl der Kämpfe um das Drei- bis Vierfache überholen. Wir möchten das aus zweierlei Gründen besonders hervorheben. Erstens, um zu zeigen, wie total unbegründet der Vorwurf ist, die christlichen Gewerkschaften seien nichts anders als Streikvereine. Dann aber auch, um unseren Mitgliedern die längst nicht überall beachtete Tatsache erneut vor Augen zu führen, daß die Haupttätigkeit und der Haupterfolg eines gewerkschaftlichen Verbandes auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der gegenseitigen Verständigung und in den friedlichen Bewegungen liegt. Stets bessere Erfassung des Gewerkschaftsgedankens seitens unserer Mitglieder, ihr steigendes Geschick in der Führung von Bewegungen, aber auch die zunehmende Macht unseres Verbandes und seine Anerkennung von den Arbeitgebern finden in den Zahlen ihren Ausdruck. Die ernste Sorge aller tätigen Mitglieder muß die ständige Verbesserung der Verhandlungsformen und Verhandlungseinrichtungen sein. Desto größer sind unsere Erfolge und desto schlagfertiger steht der Verband da, wenn er zum Kampfe gezwungen werden sollte.

Die Ursache des Streiks war 21 mal gegeben in höheren Lohnforderungen, zweimal in der Forderung auf Lohnerhöhung und Arbeitszeit-

verkürzung zugleich, sechsmal in Abwehr von Verschlechterungen und sechsmal in anderen Ursachen. Die Kämpfe endigten mit folgendem Resultat:

	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
Angriffstreiks	4	22	1
Abwehrstreiks	—	3	2
Aussperrungen	—	3	—
	4	28	3

Von den Lohnbewegungen und Streiks endeten 23 mit der Abschließung eines Tarifvertrages, sodaß der Verband Ende 1910 bereits an 207 Tarifen beteiligt war. Nun kann man die in unserem Gewerbe üblichen Tarife nicht mit den ausgebauten Tarifverträgen des handwerksmäßigen Gewerbes vergleichen, vielfach handelt es sich nur um einen Lohn-tarif, der ohne bestimmte Zeitdauer mit einem einzelnen Unternehmer abgeschlossen ist; aber es hat sich auch im Berichtsjahre wieder die Zahl derjenigen Tarife vermehrt, die außer den Lohnsätzen auch verschiedene andere Fragen des Arbeitsverhältnisses für eine bestimmte Zeitdauer regeln und die mehrere Betriebe zugleich umfassen. Der Einwand vieler Arbeitgeber, daß der Tarifvertrag für die Textilindustrie ein Ding der Unmöglichkeit sei, widerlegt sich damit von selbst.

Die Erfolge der Lohnbewegungen und Kämpfe veranschaulicht folgende Berechnung:

2259 Mitglieder bekamen eine Lohnerhöhung bis zu 1,00 M. die Woche = 107 463 M. im Jahre,  
858 Mitglieder bekamen eine Lohnerhöhung bis zu 1,50 M. die Woche = 66 924 M. im Jahre,  
525 Mitglieder bekamen eine Lohnerhöhung bis zu 2,00 M. die Woche = 57 720 M. im Jahre,  
355 Mitglieder bekamen eine Lohnerhöhung bis zu 3,00 M. die Woche = 55 380 M. im Jahre,  
28 Mitglieder bekamen eine Lohnerhöhung von über 3,00 M. die Woche = 5814 M. im Jahre.

Im ganzen gerechnet erzielte der Verband im Jahre 1910 für 4025 Mitglieder eine Lohnerhöhung von 293 316 M. oder für jedes beteiligte Mitglied rund 70 M.

Inbezug auf die Arbeitszeitverkürzung sieht das Bild so aus:

192 Mitgl. errangen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 1 Stunde,  
189 Mitgl. errangen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 4 Stunden,  
237 Mitgl. errangen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 5 Stunden.

Das sind Erfolge, die sich in anbeacht des ungünstigen Geschäftsganges in der Textilindustrie sehen lassen können und die die Wahrheit von dem großen materiellen Nutzen unseres christlichen Textilarbeiterverbandes für die Mitglieder kräftig illustrieren.

Wir dürfen die Hoffnung hegen, daß unserem Verbands in dem laufenden Jahre erheblich größere Erfolge beschieden sein werden; die bereits hinter uns liegenden Bewegungen des Jahres 1911 berechtigen uns dazu. Wenn die Anzeichen nicht trügen, werden wir aber auch in diesem Jahre mit großen Kämpfen zu rechnen haben. Die Organisation der Arbeitgeber hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht; unseren Bestrebungen wird in der Zukunft mehr noch wie in der Vergangenheit das organisierte Kapital entgegengetrieben werden. Seien wir darum unermüdet in der Agitationsarbeit, aber auch klug und vorsichtig bei allen Bewegungen. Den veränderten gewerkschaftlichen Verhältnissen muß sich die Taktik unseres Verbandes anpassen. Auch die Arbeitgeber gehen heute mit System, Klugheit und kühler Ueberlegung vor, um den Arbeiterorganisationen eine empfindliche Schlappe beizubringen. Ihre Aussperrungsbeschlüsse sind manchmal nur Provokationen, um die Gewerkschaften herauszuloden und in eine Niederlage hineinzutreiben. Demgegenüber verlangt das Interesse des Verbandes von seinen Mitgliedern: Besonnenheit, Klugheit, Disziplin und volles, unbeschränktes Vertrauen zu den Führern.



### „Sozialistische“ oder „bestehende“ Wirtschaftsordnung!

In der Arbeiterbewegung und im Streit um ihre Ausgestaltung, wie er zwischen den verschiedenen Richtungen tobt, spielt eine nicht geringe Rolle die von der jeweiligen Richtung vertretene Auffassung vom Wirtschaftsleben. Die christlichen Gewerkschaften sagen bekanntlich von sich, daß sie sich auf den Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung stellen, d. h. im Interesse der unge störten Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben die Dinge nehmen wie sie sind und sich nicht die kostbare Zeit durch die nutzlose Beschäftigung mit unausführbaren Verbesserungsvorschlägen verströhen lassen wollen. Dagegen behaupten die sozialdemokratischen Gewerkschaften immer wieder, daß sie bei ihrer Arbeit nie das sozialistische Endziel aus dem Auge verlieren, vielmehr Grundzüge und Taktik diesem Endziel unterordnen. Es ist daher nicht unnützlich, sondern zum reiflichen Verständnis der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik unbedingt erforderlich, daß man sich über das Endziel: die sozialistische Wirtschaftsordnung, ein ungefähres Bild machen kann. Denn dann erst wird man endgültig zu der Frage Stellung nehmen können: Hat es Zweck, daß ich mich in der „freien“ Gewerkschaft organisiere oder nicht?

Vor unserer heutigen Wirtschaftsordnung galt diejenige, die die Liberalen genannt wurde. Ihre Folgen und die daran anschließende Propagierung einer neuen, der sozialistischen Wirtschaftstheorie beschreibend Joss im Eingangskapitel seiner Schrift: „Krisis in der Sozialdemokratie“ in folgender anschaulicher Darstellung:

„Es war zurzeit, da die Maschine ihren Siegeszug durch die Kulturländer angetrieben, die Konzentration der Produktion vor sich ging und das Gewerbe alten Stils aus dem Gleichgewicht fiel, zurzeit, da bei stauenswerter Steigerung der Produktivität Not und Elend der Arbeiter wuchsen, die Arbeitszeit noch überaus lang war, die Nacht zum Tage wurde, Frauen und selbst Kinder im zartesten Alter in die Fabrik wanderten — da erhoben sich Stimmen, die da sagten: Diese Lage der Dinge sei das unvermeidliche Resultat des kapitalistischen Wirtschaftssystems.“

Die Staaten jener Zeit, selbst überrascht von den unvorhergesehenen Folgen der Verwirklichung jenes schönen Traumes der liberalen Wirtschaftstheorie, unklar über Ursache und Wirkung, dabei selbst in tiefgehendem Umformungs- und Neubildungsprozess begriffen, waren ganz außerstande, der Fülle von sozialen Problemen, die sich da aufstauten, so nachzugehen, wie es die tatsächliche Lage der Dinge erheißt hätte. So verständlich diese Hemmnisse und Schwierigkeiten waren, die sich damals einer herzhafte und zielklaren sozialen Initiative in den Weg stellten, — das gedrückte Volk sah und empfand sie nicht, sah und empfand nur die Not und begann zu zweifeln an dem ehrlichen Willen der weltlichen und kirchlichen Mächte. Damit war für die begierige Aufnahme der „Heilslehren der sozialen Propheten“ jene jenseitige Disposition geschaffen, die in positivem Radikalismus und in religiösem Nihilismus ihre Vorbereitung gefunden hatten.“

In der Tat: diese geistige und moralische Niederlagen einer Arbeiterklasse, die noch keine Geschichte hatte und nur das sie unmittelbar von allen Seiten umlagernde Elend als offensichtliche Folge der neuen (liberalen) Wirtschaftsordnung sah, kann allein erklären, weshalb die Massen dem Sozialismus zugewandten — dem Sozialismus, der noch viel straffere Fesseln für das wirtschaftliche Tun und Lassen forderte, als man sie eben erst durch Einführung der liberalen Wirtschaftsordnung als zu drückend von sich gestreift hatte. Diese Seite der Sache muß vor allem wohl im Auge behalten werden. Die Wirtschaftsgeichte weist folgende Phasen in den letzten Jahrhunderten nach: der Zwangswort war nach und nach ein so straffer geworden, daß das ganze wirtschaftliche Leben darunter zu erstarben drohte. Anstatt nun einen ruhigen, vorsichtigen Uebergang zu wählen, ließ sich der Staat verleiten, in das entgegengekehrte Extrem zu verfallen. Es wurde aller Zwang mit einem male abgehehrt. Vollständige Freiheit herrschte. Sie brachte den Starken ungleich erhöhte Macht, den Schwachen ungleich vermehrte Schwäche. Dem nun stellt der Sozialismus sein Wirtschaftsideal entgegen, das den Zwangswort womöglich noch steigert, also wieder ins andere Extrem fährt. Wir haben auf diese Gegenfuge bereits früher wiederholt hingewiesen und dazu u. a. bemerkt:

Eigentlich hätte man zumindest im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager allen Grund, das Los der sozialistischen Wirtschaftsordnung etwas zu dämpfen und Auswüchsen darüber möglichst aus dem Wege zu gehen, sagt das Organ des christlichen Kaiserreiches, dem wir diesen Artikel entnehmen. Dem schließlichen können selbst den hartmütigsten Gewerkschaftlern, wenn anders ihnen ein Einfluß in das Wirtschaftsgechehen ermöglicht wird, die Augen nicht der Tatsache verschlossen bleiben, daß es mit der Propaganda für neue Wirtschaftsordnungen keine eigene Bewandnis hat. Unter der Ära des Polizeistaates erschien nichts verlockender, als die absolute Freiheit des Wirtschaftslebens. Kann waren aber über die Einführung der letzteren einige Jahrzehnte vergangen, als es jedem klar war, daß die neue Wirtschaftsordnung nur den wirtschaftlich Starken Freiheit brachte, den wirtschaftlich Schwachen aber Last. Daß

und Sonne in einem Maße nahm, daß selbst die Möglichkeit ausreichenden Ersatzes der Landesverteidigungskräfte in Frage gestellt wurde, jetzt neigt der Sozialismus wieder dem andern Extrem zu. Nur daß seine Wirtschaftsordnung den Bogen noch viel straffer zieht und den Menschen in so viel Reglementiererei hineinzwingt, daß jedem individuellen Leben der Lebensprozess unterbunden wird. Daß die christlichen Arbeiterexperimenten von dieser Art nicht nur skeptisch gegenüberstehen, sondern direkt ablehnend, liegt auf der Hand. Umso mehr, als sie die Vertreter dieser neuen Ordnung nicht nur unter sich uneins sehen, sondern von den weniger leidenschaftlichen, kritischer veranlagten Sozialisten hören müssen, daß diese den Gedanken der Verstaatlichung aller Produktionsmittel, wie sie der Sozialismus fordert, ablehnen. Für beide Behauptungen nur je ein Zitat aus vielen, beide von Sozialisten herkommend.

„niemand ist in der Lage, Klipp und klar zu sagen, wie der Sozialismus in Reinkultur, der Sozialismus der Theorie, die „Umwandlung der Produktion in die sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion“ aussieht, wie sie herbeigeführt, wie sie betrieben werden soll.“ (Silbebrand.)

„Es wäre . . . heller Wiberfann, heute die Ueberführung aller Betriebe ohne Unterschied von Größe und Natur in den Besitz und Betrieb der Gesellschaft zu fordern. Voraussetzung für die Vergesellschaftung ist ihre soziale Zweckmäßigkeit unter dem Gesichtspunkte bestimmter allgemeiner Interessen, nicht aber spekulative Spekulaberei für eine bestimmte Wirtschaftsform. Es wird daher Sache der Erfahrung sein müssen, bis zu welchem Punkte jeweilig die Verstaatlichung u. m. wird getrieben werden können ohne daß der gesellschaftliche Wohlstand darunter leidet.“ (Bernstein, „Sozialistische Monatshefte“ 1909, Band 1 405.)

Diese Erwägungen sind maßgebend für die christlichen Gewerkschaften bei der Ablehnung der Propaganda einer wegen ihrer Ueberspannung totficher dem Untergang geweihten Wirtschaftsordnung — vorausgesetzt, daß sie überhaupt je einmal Wirklichkeit werden sollte. Die christlichen Gewerkschaften stellen sich bewußt auf den Boden der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß sie nun diese Wirtschaftsordnung als vollkommen ansehen. Sie haben vielmehr noch eine Fülle von Reformforderungen an dieselbe, die sie eben durch ihre Arbeit und Tätigkeit der Erfüllung nahebringen hoffen.

Die christlichen Arbeiter betrachten sich als einen Teil des Volkes, mit dessen übrigen Schichten sie Interessen höchsten Ranges verbinden. Darum ist die Art und Weise, wie sie ihre besonderen Interessen, die sie als Arbeiter haben, geltend machen, wesentlich verschieden von jener, der sich die Sozialdemokratie bedient. Letztere, der Gemeinschaftsinteressen fremd sind und die nur Klasseninteressen kennt, wickelt sie zum Mittelpunkt des gesamten öffentlichen Lebens machen. Nach Ueberzeugung der christlichen Arbeiter ist für den Aufstieg der Lohnarbeiterklassen die dem Volke gemeinsame nationale Kultur und Volkswirtschaft der einzig geeignete Boden. Nur in und mit dieser Kultur und Volkswirtschaft steigt auch der Arbeiterstand zugleich mit allen anderen Volksschichten. Die christlichen Gewerkschaften betrachten auch nicht, wie die sozialdemokratischen, die Unternehmer bloß als Ausbeuter, die die Arbeiter schinden und plagen, sie sagen vielmehr, der Unternehmer hat auch außerordentlich wichtige Funktionen in der Volkswirtschaft auszuüben. Es ist nicht Zufall, daß die deutsche Industrie wie die Industrie keines anderen Landes in Europa, den schnellen ungehauenen und vom Ausland beneideten Aufschwung in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Die Ausnutzung und Verwertung der Rohprodukte ist ein außerordentlich wichtiges Gebiet für die Tätigkeit des Unternehmers. Im Bergbau sind in den letzten Jahren geradezu fabelhafte Erfindungen gemacht worden, alle Rohmaterialien zu nutzbringenden Werten zu verarbeiten, so daß heute kein Stäubchen mehr unverwertbar bleibt; selbst die letzten Reste werden wieder zu Steinen gebraut; überall wird nachgepuffert, wie man mehr aus den Rohprodukten herausholen kann. Der Unternehmer hat außerordentlich wichtige Funktionen auszuführen in der Ausnutzung der Absatzgebiete, ferner dadurch, daß er immer spekuliert auf die Bervollkommnung der Technik. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, bei der die Konkurrenz die freie Konkurrenz fehlt, der heutige hohe Stand der Technik erreicht worden wäre.

### Das neue Verfahren in der Arbeiterversicherung.

Die Äußerungen, die gegenwärtig seitens der Sozialdemokratie in schamlos frecher Weise über die Beschlässe der Kommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung verbreitet werden, wachsen zu Bergen an. Es ist höchstbedauerlich unmöglich, alle die von den „Genossen“ bisher aufgestellten falschen Behauptungen und Verdrehungen in der Frage der Arbeiterversicherung richtig zu stellen. Das wissen sie auch ganz genau, und darum lägen sie um so leistungsfähiger nach dem Grundsch. Es bleibt doch immer etwas hangen! Hauptgegenstand der von den „Genossen“ betriebenen Schwindelaktionen sind die Bestimmungen über das von der Kommission beschlossene Verfahren. Erzbischof der Abgeordnete Kollege Becker in der Reichsversicherungskommission in einer Rede gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten

Schmidt-Berlin erklären konnte, daß auch sozialdemokratische, mit der Materie sehr vertraute Persönlichkeiten das jetzt beschlossene Verfahren, auch in Unfallsachen, als besser wie das bisher geltende anerkannt hätten, behauptet die sozialdemokratische Presse („Vorwärts“ 97, 1. Beilage) freichweg: das Verfahren in Unfallsachen sei gegenüber dem bisherigen Rechtszustande ganz erheblich verschlechtert. Wie liegt die Sache?

Zeichnen wir zunächst zum Verständnis des ganzen das

#### bisherige Verfahren in Unfallrentensachen.

Hat sich ein Unfall ereignet, dann muß ihn der Unternehmer binnen drei Tagen bei der Polizeibehörde anmelden, ebenso bei der Unfallberufsgenossenschaft. Die Polizeibehörde hat den Unfall zuerst zu untersuchen, und nach Klarstellung des Sachverhalts ist die Berufsgenossenschaft verpflichtet, von Amts wegen eine Rente festzustellen, wenn entsprechende Unfallfolgen vorhanden sind. Die Rentenfestsetzung (oder Ablehnung des Rentenanspruchs) wird dem Versicherten zuerst durch einen sogenannten Vorbescheid bekannt gegeben. Gegen diesen Bescheid, in welchem genau bezeichnet sein muß, ob und in welcher Höhe Rente gewährt werden soll, kann der Versicherte binnen einer mehrtägigen Frist sich mündlich oder auch schriftlich bei der Berufsgenossenschaft oder auch einer anderen Behörde äußern. Die Berufsgenossenschaft hat nach diesem Verfahren mit dem Vorbescheid dann die endgültige Rentenfestsetzung vorzunehmen und diese in einem berufungsmäßigen Bescheid dem Versicherten mitzuteilen. Sie braucht sich aber bei der endgültigen Rentenfestsetzung absolut nicht um die Einwendungen des Versicherten gegen den von ihr gegebenen Vorbescheid zu kümmern. Dem Versicherten bleibt das Recht, gegen den zweiten, berufungsmäßigen Bescheid Klage beim Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu erheben. Gegen dessen Entscheidung ist Rekurs am Reichsversicherungsamt zulässig. Der unfallverletzte Arbeiter kommt also in der Regel mit Erfolg erst zu Worte in dem Prozessverfahren vor dem Schiedsgerichte; vorher macht alles die Berufsgenossenschaft.

Die Klagen der Versicherten, daß ihnen vor der endgültigen Festsetzung der Rente durch die Berufsgenossenschaft zu wenig Gelegenheit gegeben sei, durchschlagen zu Worte zu kommen, sie auch sehr oft kein ärztliches Gutachten erhalten könnten, waren allgemein und sind jedem Sozialpolitiker zur Genüge bekannt.

#### Nach der Neuordnung des Verfahrens durch die Reichsversicherungsordnung

muß der Unternehmer, wie bisher, den Unfall bei der Polizeibehörde und der Berufsgenossenschaft anmelden, und die örtliche Polizeibehörde ihn dann, ebenfalls wie bisher, untersuchen. Auf Beschluß der Versicherungs-Kommission des Reichstags müssen auf Antrag des Versicherten zu dieser Untersuchung Sachverständige zugezogen werden. Der Verletzte oder seine Hinterbliebenen können sich bei der Untersuchung beteiligen oder vertreten lassen. Die Polizeibehörde sendet nach Abschluß der Untersuchungsverhandlungen die Protokolle an die Berufsgenossenschaft; die Beteiligten können davon Abschriften verlangen. Diese hat dann die Rente festzusetzen und durch Bescheid dem Verletzten mitzuteilen, ob und wieviel Rente sie ihm gewähren will. Kann die Berufsgenossenschaft bei Beginn der Entschädigungsfrist die Höhe der Entschädigung noch nicht durch Bescheid feststellen, so hat sie dem Versicherten einen Vorbescheid auf die Entschädigung zu gewähren und es ihm durch Schreiben mitzuteilen. Davon sagt die sozialdemokratische Presse nichts. Sie stellt es im Gegenteil so dar, als ob die Berufsgenossenschaft hummeln und den Verletzten bis zur Unendlichkeit hinziehen könne. Gegen den Rentenfestsetzungsbescheid der Berufsgenossenschaft kann der Rentenbewerber Einspruch bei der Berufsgenossenschaft oder bei dem Versicherungsamt oder einer anderen inländischen Behörde erheben; tut er es nicht, wird der Bescheid rechtskräftig. In dem Bescheid ist die Frist für die Erhebung des Einspruchs anzugeben, sowie die aus dem Einspruche sich ergebenden

#### Berechtigungen des Versicherten.

Diese bestehen in nachstehendem:  
Der Versicherte kann verlangen, daß er von dem Versicherungsamt vernommen wird, in dessen Bezirk er zur Zeit der Vernehmung wohnt oder beschäftigt ist. Der Versicherte ist zur Verhandlung seines Einspruches vor dem Versicherungsamt von diesem vorzuladen. Erscheint er, so wird über seine Ausführungen eine Niederschrift aufgenommen. Hierbei hat die zur Vernehmung berufene Stelle (Versicherungsamt u. m.) auf tunklichst genauer und vollständiger Anführung der für die Feststellung erheblichen Tatsache und auf Angabe von Beweismitteln hinzuwirken.  
Ist nicht schon durch den Versicherungsträger ein Arzt gehört worden, dem der Versicherte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, so hat das Versicherungsamt auf den bei der Vernehmung zu stellenden Antrag des Versicherten das Gutachten eines bisher noch nicht gehörten Arztes eingeholen, wenn das Gutachten nach Ansicht des Versicherungsamtes für die Entscheidung von Bedeutung sein kann. Lehnt der vom Versicherungsamt um sein Gutachten ersuchte Arzt die Erstattung des Gutachtens ab, so entscheidet das Versicherungsamt, ob und von welchem andern Arzte ein Gutachten eingeholt ist.  
Auf Verlangen des Berechtigten ist in allen Fällen, wenn er die Kosten im voraus entrichtet, ein von ihm bezogener Arzt als Gutachter zu vernehmen. Lassen sich diese Kosten im voraus nicht bestimmen, so kann das Versicherungsamt einen Pauschbetrag als Sicherheitsleistung für diese Kosten erfordern.  
Ist bei der endgültigen Festsetzung auf Grund des neuen Gutachtens eine Rente, die im Bescheid abgewiesen war, gewährt, oder die im Bescheid festgestellte Teilrente erhöht worden, so sind dem Berechtigten die Kosten zu erstatten, soweit es angemessen ist. Bei Streit über die Erstattung



entscheidet auf Beschwerde das Oberversicherungsamt endgültig.

Die Verhandlungen vor dem Versicherungsamt sind von diesem mit den Gutachten usw. unverzüglich der Berufsgenossenschaft abzugeben.

Zu dieser Rentenfestsetzung ist nun folgendes zu bemerken:

- 1. Die Berufsgenossenschaft kann, wenn ihr der Zustand des Verletzten noch nicht derart erscheint...
2. Nach Ablauf von zwei Jahren jedoch muß sie eine sogenannte „Dauerrente“ durch neuen Bescheid festsetzen.
3. Diese „Dauerrente“ ist aber nicht derart zu verstehen, als wenn sie niemals mehr herabgesetzt oder erhöht werden könnte.

Handelt es sich um eine vorläufige, sowie um eine sogenannte Dauerrente, dann kann das Versicherungsamt auch ein Gutachten erstatten. Es kann hierzu Ermittlungen anstellen, soweit die Beweismittel bereit oder leicht zu beschaffen sind und erhebliche Kosten nicht bestehen.

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß jeder Rentenbescheid nach den Verhandlungen am Versicherungsamt durch Berufung am Oberversicherungsamt angefochten werden kann. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer am Oberversicherungsamt werden von den Beisitzern am Versicherungsamt gewählt und zwar wählen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur die Beisitzer aus ihrem Stand.

Nun kommt eine „Verschlechterung“ gegen den bisherigen Rechtszustand, nämlich die

Einschränkung des Rekurses am Reichsversicherungsamt.

Der Rekurs bleibt nur bestehen für jene Fälle, in denen es sich 1. um die Frage handelt, ob ein Betriebsunfall vorliegt oder nicht, und 2. wenn eine Dauerrente bewilligt wird.

Diese „Verschlechterung“ war notwendig zur Entlastung des Reichsversicherungsamts, das in seiner Zusammenfassung geblieben ist, wie es war. Die alljährlich am Reichsversicherungsamt einlaufenden Rekursachen bleiben durchschnittlich ein ganzes Jahr liegen, ehe sie zur Verhandlung kommen, weil ihre Zahl mittlerweile ganz gewaltig angewachsen ist.

Warum den Rekurs nicht beibehalten?

Nun kann man noch die Frage aufwerfen, warum man nicht trotz dieses Verfahrens am Versicherungsamt den Rekurs nicht auch noch vollständig beibehalten habe,

nach dem Grundsatz: Doppelt genäht hält besser. Darauf ist zu bemerken, daß:

1. die Reichsregierung dieses Einspruchsverfahren am Versicherungsamt mit dem ärztlichen Gutachten nur dann bewilligen wollte, wenn der Rekurs am Reichsversicherungsamt erheblich beschränkt würde.

2. Urteilt das Reichsversicherungsamt in jenen Fällen, wo es sich um die Herabsetzung der Rente oder um Befreiung der kleinen Renten handelt, längst nicht mehr so wohlwollend für die Versicherten wie früher. Das ist in letzter Zeit von verschiedenen Seiten her wiederholt festgestellt worden.

So ist denn die sozialdemokratische Behauptung, das Verfahren in Unfallversicherungssachen sei durch die Beschlüsse der Versicherungscommission „verschlechtert“ worden, wohl zur Genüge als Märchen charakterisiert. Bemerkenswert ist noch, daß in Invalidenrentensachen die Revision gegen Urteile der Schiedsgerichte (Oberversicherungsamt) am Reichsversicherungsamt im bisherigen Umfang beibehalten worden ist, daß aber das Recht des Versicherten, ein ärztliches Gutachten vom Versicherungsamt eingeholt zu bekommen, dem bisherigen Verfahren in der Invalidenversicherung noch hinzugefügt worden ist.

Arbeiterinnenschutz.

II.

Für unsere Arbeiterinnen ist es jedenfalls sehr notwendig, daß sie sich Kenntnisse über die bestehenden Schutzgesetze aneignen. Schon deshalb, weil dieselben von so großer Bedeutung für das Arbeitsverhältnis und für das Leben und die Gesundheit der Arbeiterinnen sind.

Mit dem 1. Juni 1891 wurde folgendes gesetzlich bestimmt:

Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens und am Sonnabend sowie am Vorabend der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahren darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten. Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden.

Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt.

Wochenruhen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt.

Wir sehen, daß damals schon viel für uns Arbeiterinnen erreicht wurde, daß wir nicht mehr recht- und schutzlos der Willkür der Unternehmer preisgegeben waren, wie so viele Tausende vor uns! Und doch waren diejenigen, die zum Wohle des Arbeiterinnenstandes an der Ausgestaltung dieser Gesetze mitgearbeitet hatten, noch nicht für alle Zeit mit dem Erreichten zufrieden.

Dieses Vorwärtstreiben brachte auch wieder Erfolge, die neuen Schutzbestimmungen, die seit 1. Januar 1910 in Kraft sind. Bekanntlich brachten diese eine nochmalige Einschränkung der Arbeitszeit für uns Arbeiterinnen, wie sie schon im Jahre 1881 verlangt wurde. Kolle 29 Jahre hat es also gedauert, bis diese Forderung, die Einführung des Beurlaubentages, einmal erfüllt wurde.

Die Ausnahmestimmungen selbst gestatten aber nicht mehr so oft und so viel wie früher die Ueberarbeit; früher durfte auf Ansuchen die Arbeitszeit auf 13 Stunden ausgedehnt werden und zwar auf längere Zeit; heute darf die tägliche Arbeitszeit in Ausnahmefällen nur mehr 12 Stunden betragen und dürfen in einem Jahre nur 40 Tage, früher 50 Tage, hierzu genehmigt werden.

Ferner wurden die Pausen während der täglichen Arbeitszeit geregelt. Dabei ist für unsere Arbeiterinnen

von Bedeutung, daß sie selbst, wofern die Mittagspause nur eine Stunde beträgt, den Antrag stellen können, dieselbe auf 1 1/2 Stunden zu verlängern, damit sie ihr Hauswesen versorgen können. An Abenden vor Sonn- und Festtagen muß die Arbeit für sie um 5 Uhr geschlossen werden. Die ganze Arbeitsdauer darf an diesen Tagen 8 Stunden nicht überschreiten.

Ebenfalls dankenswerte Fortschritte machte das Gesetz zum Schutz der Wöchnerinnen. Während bekanntlich früher die Arbeiterinnen schon nach 4 Wochen die Arbeit wieder aufnehmen konnten, wenn das ärztliche Zeugnis dies für zulässig erklärte, so ist heute die Schutzzeit auf 8 Wochen festgesetzt, die nicht verkürzt werden dürfen. Davon müssen mindestens 6 Wochen nach der Niederkunft liegen.

Sehr wichtig sind dann auch die Bestimmungen für Gesundheit und Leben der Arbeiterin, wo es heißt:

Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftstrom und Luftwechsel, Beseitigung des beim Betrieb entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsverhältnisse oder des Betriebs liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind.

Wir sehen also, daß mit diesen Bestimmungen viele mittelbare und unmittelbare Krankheits- und Unfallgefahren getroffen sind; daß unsere gesetzlichen Körperkassen die Gesundheit der deutschen Arbeiterinnen zu schützen und zu schützen wußten, da ja davon auch die Gesundheit der kommenden Generation und der ganzen Arbeiterbevölkerung abhängig ist.

Noch ein Umstand ist es, der uns den erweiterten Arbeiterinnenschutz so begrüßenswert machte, der Schutz der Sittlichkeit. § 120b bestimmt für die Betriebe die Einrichtungen, die zur Sicherung von Sitte und Anstand notwendig sind. Es wird da verlangt:

In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

In vieler Beziehung ist also der neue Arbeiterinnenschutz für unsere Rechte und für unsere Arbeitskraft eingetreten. Vergleichen wir nun das jetzige Arbeitsverhältnis, für das auch noch andere Vorschriften gelten, die ebenfalls dem Arbeiterinnenschutz dienen, z. B. über Lohnzahlung, Kündigung oder Entlassung von Arbeiterinnen, Vorschriften über den Besuch von Fortbildungsschulen, so kommen wir zu dem Schluß, daß ein großer Unterschied, eine weite Kluft herrscht zwischen diesem und dem früheren Arbeitsverhältnis der deutschen Industriebearbeiterinnen.

Besonders bemerkenswert ist noch, daß die Frauenarbeit in einzelnen Industrien, die für Gesundheit und Leben derselben besonders gefährlich sind, ganz verboten wurde; ebenso auch die Arbeit der Jugendlichen. Die Kinderarbeit wurde ebenfalls mit der Zeit aus einigen Industrien ganz verdrängt, in anderen auf eine bestimmte Altersgrenze festgesetzt, indem sie vom 14. Jahre an erst in diese Betriebe aufgenommen werden dürfen.

Alle diese Einrichtungen und Maßnahmen, die zum Schutze der Arbeiterinnen und Kinder bestimmt sind, müssen aber nun auch durchgeführt werden. Und daran mitarbeiten, an der Verwirklichung dieser Gesetze tätig sein, das können auch wir Arbeiterinnen. Nicht alle Industrien und gewerblichen Betriebe in Deutschland kommen dem Willen des Gesetzgebers in jeder Hinsicht nach, ja, manche Unternehmer lassen sich geradezu zwingen, bis sie den Arbeiterinnenschutz zur Ausführung bringen. Da ist es eben Sache der Arbeiterin, daß sie auf Mittel und Wege hinarbeitet, damit das Gesetz beachtet wird. Wohl haben wir in Deutschland die regenreiche Tätigkeit der Gewerbeinspektoren zu verzeichnen, aber es ist doch eine erwiesene Tatsache, daß dieselben bei einem ein- oder zweimaligen Besuche während eines Jahres unmöglich alles das feststellen und beobachten können, was für die Arbeiterinnen schädlich und gesetzwidrig ist. Wohl so manche Arbeiterin dürfte sich außer der Zeit, wo die Gewerbeaufsicht im Betrieb tätig ist, wegen einer Ungehörigkeit oder wegen Umgehung der gesetzlichen Schutzvorschriften, selbst an einen Aufsichtsbeamten wenden, damit die Mißstände abgestellt würden. Das ist eines der besten und sichersten Mittel, um zum Rechte zu gelangen. Freilich wissen wir, daß die wenigsten Arbeiterinnen den Mut besitzen, um dem Gewerbeinspektor Mitteilung zu machen. Aber da wissen wir auch einen Weg anzugeben. Die Arbeiterin braucht ja schließlich nicht selbst, mündlich, ihre Forderung dort zu stellen; unsere christlich organisierten Arbeiterinnen können auch sehr leicht bei den Ortsgruppenvorständen oder besser noch im Gewerkschafts- oder Arbeitersekretariat die Lage der Dinge schildern, und von da aus wird dann durch schriftliche Eingaben das Weitere in die Wege geleitet. Ein Erfolg ist dann immer sicher und dann darf sich die eine Arbeiterin getroßt daran freuen, daß es ihr gelungen ist, auch für die übrigen Arbeiterinnen etwas zu tun!



### Aus der Arbeiterbewegung.

**Ausführung des Gesamtverbandes.** In den Tagen vom 19. bis 21. April hielt der Ausschuss des Gesamtverbandes in Düsseldorf seine diesjährige Frühjahrssitzung ab. Die Redakteure der Gewerkschaftspresse, sowie sämtliche Funktionäre des Gesamtverbandes waren zu der Tagung hinzugezogen. Mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung waren diesmal drei Tage für die Verhandlungen vorgesehen. Der Bericht des Vorstandes, der von dem Kollegen Stegerwald erstattet wurde, löste eine eingehende Besprechung aus, bei der alle aktuellen Strömungen und die wichtigsten Vorgänge innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, sowohl in sachlicher wie taktischer Hinsicht, erörtert und gewürdigt wurden. Uebereinstimmend wurde von mehreren Seiten auf den verstärkten Druck hingewiesen, der von der sozialdemokratischen Richtung in letzter Zeit auf alle Andersdenkenden ausgeübt wird, um die Alleinherrschaft auf dem Gebiet des Arbeitsvertrages zu erzwingen. Demgegenüber kam mit vollster Einmütigkeit die feste Absicht zum Ausdruck, seitens der christlichen Gewerkschaften dem sozialdemokratischen Terrorismus, insbesondere den krampfhaften Bestrebungen zur Schaffung von Arbeitsmonopolen, mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken. Die sozialdemokratischen Führer sollten sich wohl hüten, den Bogen zu straff zu spannen, damit nicht schließlich durch gesetzliche Maßnahmen dem sozialdemokratischen Mißbrauch gewerkschaftlicher Machtmittel in ähnlicher Weise Schranken gezogen werden müßten, wie es jetzt gegenüber dem Mißbrauch mit den Beamtenstellen in der Arbeiterversicherung zur Notwendigkeit geworden sei.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Reichsversicherungsordnung referierte der Reichstagsabgeordnete Kollege Johann Becker, der als Mitglied der Reichstagskommission die komplizierteste Materie sach- und sachgemäß beherrscht. Die ausgebreitete Aussprache zu dieser Frage zeitigte eine übereinstimmende Auffassung dahingehend, daß die vorliegenden Kommissionsbeschlüsse leider in vielen Punkten hinter dem zurückblieben, was die christlichen Arbeiter gewünscht und erwartet hätten; daß die Vorurteile der gegenwärtig vorliegenden Fassung aber doch die Schattenseiten des Entwurfs überwiegen und die christlichen Arbeiter ein Scheitern des Gesetzes im Interesse der Gesamtarbeiterschaft nicht verantworten könnten. Die wütende Kritik und maßlose Heße der Sozialdemokratie über angebliche „Entrechtung“ oder „Bergewaltigung“ dürfe die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Der Sozialdemokratie müsse immer wieder die Tatsache entgegen gehalten werden, daß sie mit ihrem parteipolitischen Mißbrauch der Beamtenstellen selbst die Schuld daran trage, wenn an dem bisherigen Zustand geändert werden müsse. Beschlüsse wurden zu dieser Frage nicht gefaßt, dagegen dem Vorstand des Ausschusses der Auftrag erteilt, die Angelegenheit genau weiter zu verfolgen und alle mitwändig erscheinenden Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Weiter stand zur Verhandlung: Unsere zunächstliegenden Aufgaben in der Jugendfrage, Referent Kollege Brauer (Köln); Wie gewinnen und erziehen wir die notwendigen Mitarbeiter in unserer Bewegung? Referent Kollege Stegerwald; Die sozialistische Bewegung, Referent Dr. Sonnenschein. Den Schluß der Tagung bildete dann noch ein lehrreicher Vortrag des Kollegen Wiesberts über seine Amerikareise; eine Schilderung

seiner Erlebnisse, Erfahrungen und Eindrücke vom Standpunkt des Gewerkschaftlers aus, die für alle Teilnehmer der Ausschusssitzung von größtem Interesse war. Damit war die Tagung, die unter dem hoffnungsfrohen Eindruck einer andauernden günstigen Weiterentwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung stand und von der Einmütigkeit ihrer führenden Kräfte im Wollen und Handeln erhelltes Zeugnis ablegte, an ihrem Ende angelangt.

**Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter** hatte im vergangenen Jahre durch den Niesenkampf im Baugewerbe eine schwere Belastungsprobe zu bestehen. Daß er sie gut überstanden hat, geht aus der Jahresabrechnung hervor, die in seinem Verbandsorgan, „Die Baugewerkschaft“ (Nr. 18 1911), veröffentlicht wird. Trotz der großen Ausgabe für Streikunterstützung im Betrage von 764 800 M. war am Jahresschluß ein Barvermögen von 416 507 M. vorhanden. Die Reineinnahme im Jahre 1910 betrug 1 025 542 M. und die Ausgabe 1 234 272 M. Die Einnahme des Jahres 1909 betrug 655 304 M. Die Einnahme stieg somit um 370 238 M. Die wöchentlichen Beiträge brachten ein Mehr von 79 352 M., die Extrabeiträge bei der Aussperrung 190 905 M. Einschließlich der schon erwähnten Streikunterstützung wurden im ganzen 816 166 M. für Unterstützungszwecke ausgegeben, gegenüber 182 999 M. im Jahre vorher.

Die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres betrug 35 647, im Jahresdurchschnitt 34 048. Eine kleine Stagnation in der Mitgliederentwicklung sowie die Mehrausgabe infolge des großen Kampfes im letzten Jahre hoffen die christlichen Bauarbeiter im Laufe dieses Jahres wieder wett zu machen. In den letzten Monaten sind nämlich wesentliche Fortschritte zu verzeichnen.

Die Partei der Phrase und des Volksbetrugs, die Sozialdemokratie, hat sich von jeher als Bleigewicht der deutschen Sozialgesetzgebung, unserer Arbeiterversicherung, erwiesen. Bei der Reichsversicherungsordnung erweist sie sich aufs neue als solches. Bei der Schaffung der Sozialversicherung hat sie versagt und mit ihrer Verneinung und maßlosen Kritik nur die reaktionären Gegenströmungen der Arbeiterversorgung gestärkt. Als die Arbeiterversicherung dann gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zustande kam, bemächtigte sie sich überal, wo es ihr möglich war, der Verwaltung und Beamtenstellen, um die staatlichen Einrichtungen ihren Zwecken dienstbar zu machen. Sie trieb dann die Partei- und Günstlingswirtschaft so lange und so weit, daß die Gesetzgebung sich zur Einengung der Selbstverwaltung gezwungen sieht, um den zulage getretenen Mißbräuchen vorzubeugen. Und nun erhebt dieselbe Sozialdemokratie ein großes Geschrei über „Entrechtung“, „Bergewaltigung“, jetzt schimpft sie wie belesen über die christlichen Arbeiter, weil die aus sachlichen Gründen und im Interesse ihrer Selbsterhaltung eine Beteiligung an dem sozialdemokratischen Proteststimmeln ablehnen müssen.

Die Schimpfartikel der sozialdemokratischen Presse, die Entrüstungsreden und Resolutionen auf dem Ioblen in Berlin abgehaltenen Krankentassenkongress werden allerdings ihre Wirkung verfehlen. Die Sozialdemokratie hat sich diese Suppe selbst eingebracht und mag nun sehen, wie sie sie ausspült. Von ihrer Unverbesserlichkeit zeugt die Tatsache, daß auf der Berliner Tagung jeder parteipolitische Mißbrauch in der

Arbeiterversicherung mit dreifacher Stirne und gut gespielter Entrüstung in Abrede gestellt wurde. Demagogen, die das trotz der vorliegenden Tatsachen fertig bringen, verdienen es, daß ihnen gesetzliche Schranken gezogen werden.

Vom allgemeinen Arbeiterstandpunkt aus ist es allerdings äußerst bedauerlich, daß durch das verwerfliche Treiben der Sozialdemokratie jeder soziale Fortschritt gehemmt und jede Reform verkrüppelt wird. Auch aus der Reichsversicherungsordnung hätte sich viel mehr machen lassen, wenn die volksfeindliche Sozialdemokratie sich nicht als Bleigewicht hemmend in den Weg geworfen hätte. Und das werden die denkenden Arbeiter dieser Partei der Phrase und des Volksbetrugs niemals vergessen.

**Erstet der Arbeiterinnenverein die Gewerkschaft?** Gar eifrig ist man bestrebt, die einzelnen Arbeiterinnenvereine zum Zweck eines engen Zusammengehens den christlichen Gewerkschaften näher zu führen. Hat es sich doch herausgestellt, daß unsere Arbeiterinnenvereine mit ihren Mitteln und Kräften gar nicht imstande sind, den Arbeiterinnen den Schutz zu gewähren, dessen sie in ihrem beruflichen Leben so dringend bedürfen. Es liegt das auch gar nicht im Wesen unserer Vereine, die ja die verschiedensten Berufsgruppen umfassen, daß sie die jungen Arbeiterinnen in ihrem beruflichen Leben, auf der Arbeitsstätte, wirksam schützen wollen. Bei einem Arbeiterinnenverein z. B. liegt die Sache so, daß aus jedem Betriebe, aus jeder Fabrik doch nur einige Arbeiterinnen ihm als Mitglieder angehören; einige wenige, die gegenüber der großen Zahl der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen gar nicht in Betracht kommen. Wie soll nun der Arbeiterinnenverein seine 10-20 Mitglieder in einem großen Betriebe schützen können? Gegenseitig können sich die jungen Arbeiterinnen nicht helfen, sie sind ja selbst hilfsbedürftig. Der Präses oder die Vereinsleitung kann unmöglich die einzelnen Arbeitsstätten sämtlicher Mitglieder im Auge behalten; und wenn es möglich wäre, würde doch der Vereinsleitung jede Autorität fehlen, um in einem großen Betriebe die Mitglieder wirksam zu schützen und Mißstände zu beseitigen.

Es ergeben sich da für unsere jugendlichen Arbeiterinnen eine Reihe von Bedürfnissen, die nur von den Mitgliedern der christlichen Berufsorganisationen, die mit ihnen dieselbe Weltanschauung teilen, gelöst werden können. Sie kommen in tägliche Berührung mit den Jugendlichen, arbeiten Tag für Tag mit ihnen zusammen, während der Arbeiterinnenverein sie doch nur wenige Stunden der Woche bei sich sieht. Daher ist der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften für die jugendlichen Arbeiterinnen unbedingt notwendig.

Diejenigen, welche in diesem Anschluß an die christlichen Gewerkschaften eine Gefahr für unsere Arbeiterinnenvereine erblicken, verkennen ganz das Wesen einer Gewerkschaft. Die Gewerkschaft ordnet das Arbeitsverhältnis und regelt die Arbeitsbedingungen, und zwar für den ganzen Stand, auch für die jugendlichen Arbeiterinnen. Und letzteres würde in noch weit höherem Maße der Fall sein, wenn die jugendlichen Arbeiterinnen es mehr als bisher als ihre Ehrenpflicht hielten, ihrer Berufsorganisation beizutreten und für sie beizusteuern; eine Pflicht, die sie gegenüber sich selbst, aber auch gegenüber ihren älteren Kolleginnen haben.

### Die Handweberei in St. Hubert.

Ein Beitrag zur Geschichte der Seiden- und Samtweberei am Niederrhein.

Von Joh. Wörka

(Nachdruck verboten.)

Die Zeit der Einführung der Seidenweberei in die Gemeinde St. Hubert läßt sich nicht ganz genau ermitteln; es steht aber fest, daß zwischen 1810-1820 dort schon Seidenstoffe gewebt wurden. Wahrscheinlich waren Seidenweber die ersten, welche zur Seidenweberei übergingen. Gewebt wurden zunächst glatte Seidenstoffe für Schürzen und Kleiderstoffe, und zwar nicht für Krefelder Fabrikanten, sondern für die kleineren Firmen Erls und Horten. Bei den niedrigen Löhnen, welche für glatte Seidenstoffe gezahlt wurden, wäre es sehr fraglich gewesen, ob die Weberei sich weiter ausbreiten hätte, wenn nicht zu Ende der dreißiger Jahre die Samtweberei eingeführt worden wäre. Die ersten Firmen, welche Samtweberei in St. Hubert beschäftigten, waren die Krefelder Fabrikanten Scholz und von der Wehen. Zuerst webte man sogenannte Hut- und Zylinder-Plüsch sowie kleine gemusterte Seidenstoffe. Da damals noch keine Kommaschienen waren, so wurden die letztgenannten Stoffe mit dem sogenannten Zerpel gemacht. Es war dies eine äußerst schwere und mühselige Arbeit. Das Weben und Sutzen der Kanten, wenn Seidenstoffe eingeflochten wurden, mußte nämlich ausschließlich von der Grund- oder Fondarbeit mit der Hand allein ausgeführt werden. Die Webmeister Jakob Luder und Franz Wörka, die aus der Nachbargemeinde Hülsh hierher gezogen waren, waren die ersten, welche glatten Samt, hauptsächlich Koper-Samt, webten und hierzu auch Schlingen anbrachten. In der Zeit der Krefelder Samtweberei besser war als der der Elbinger, so gingen letztere rasch zur Samtweberei über. Im Jahre 1822 hatte sich die Zahl der Samtweber schon so sehr vermehrt, daß die Gemeinde sich gezwungen sah, Notstandsarbeiten verrichten zu lassen, als in diesem Jahre eine große Seidenfabrik eintrat. Zu diesem Zwecke wurde die Kommaschienen von St. Hubert nach Alstedt gebracht, die zum größten Teil von arbeitlosen Webern fertiggestellt worden ist. Nach Beendigung dieser Geschäfte dehnte sich die Handweberei immer mehr aus. Besonders förderlich für die Samtweberei war die zu Anfang der vierziger Jahre erfolgte Einführung der Chappe als Polymaterial.

Der Glanzpunkt erlebte die Handweberei in den 70er Jahren. Nach dem Kriege 1870/71 stieg die Zahl der Handweber infolge der anhaltenden Hochkonjunktur ganz bedeutend, so daß Ende der sechziger und Anfangs der achtziger Jahre über 900 Handstühle in Betrieb waren. Von dem damaligen Verdienst der Weber kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß die Firma „J. v. Bekrath, Joh. Sohn“ an Arbeitslohn wöchentlich 2000-2500 M. für die durch den Voten nach Krefeld gelieferten Stoffe nach St. Hubert zahlte. Außerdem wurden noch viele Stücke von den Webern selbst in Krefeld eingeliefert. Die genaute Firma beschäftigte etwa 150 Weber. Auch wurden von vielen Fabriken sogenannte Baumwoll-Partien zum Binden nach St. Hubert gegeben. Für ältere Frauen und Mädchen war dies eine passende und lohnende Beschäftigung.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Gemeinde infolge des langandauernden guten Geschäftsganges in den 70er Jahren war ein bedeutender. Rechnet man den Durchschnittsverdienst des Webers auf 15 M. pro Woche, so gibt das für 900 Stühle die monatliche Summe von 13 500 M. Dieses Geld kam zum größten Teil dem Handwerk, dem Kleinhandel und der Landwirtschaft zugute. Besonders Kleinhändler und Handwerker waren daran stark interessiert. Beispielsweise sei angeführt, daß ein Schreinermeister allein für die Weber 470 neue Webstühle anfertigte, wovon jeder durchschnittlich 90 M. kostete. Ein Schreinermeister hatte eine Woche zu tun, um einen Webstuhl anzufertigen. Auch die übrigen Handwerker, Schuhmacher und Schneider, standen sich gut, da der Verdienst der Weber bis auf einen kleinen Bruchteil im Orte blieb. Außerhalb des Ortes zu kaufen, kaufen und lieben man nicht. Da ferner die Weber ihre Söhne und auch ihre Töchter fast alle in der Weberei anlernten, so standen infolgedessen die heranwachsenden Kinder bis zu ihrer Verheiratung unter elterlicher Aufsicht, was für das Familienleben von hohem Werte war. Die Liebe und Anhänglichkeit der Kinder an die Eltern behandelte sich auch darin, daß sie, wenn alle Kinder Verdienst hatten, vielfach darauf bestanden, daß der Vater nicht mehr so schwer arbeiten. Auch die Landwirte hatten von dem Aufschwung der Handweberei ihren Nutzen. Kleinere Bauern ließen wohl einige ihrer Kinder die Weberei erlernen und sicherten sich dadurch eine Nebeneinnahme. Die Grobbauern allerdings sahen den Aufschwung der Weberei nicht so gern. Reichten noch Aechte und Mägde der Landwirtschaft den Rücken und legten sich an den Webstuhl. Ein reicher Bauer äußerte sich eines Tages: „Jetzt geh' ich mich auch ans Weben.“

Zu dem Werkmeister der Firma Jac. v. Bekrath, Joh. Sohn (Heimendahl genannt) sagte er: „Schick mir auch eine Kette!“ Tags darauf kam durch den Boten die Webefette an. Nun war guter Rat teuer. Der Werkmeister verlangte, daß der Bauer, statt im Wirtshaus zu sitzen, zu Hause weben sollte. Schließlich einigte man sich dahin, daß der Gutbesitzer als Buße eine Abgabe an die Armen zahlte. Damit war der Fall erledigt.

Mehr nach außen hin auffallend war der Aufschwung im Baugewerbe. Um Raum für die neuen Webstühle zu schaffen, wurden viele Wohnungen vergrößert, auch neue Häuser gebaut. Diese waren meistens einstöckig. Die Hälfte des Unterhauses bestand aus einer großen Stube (Winkel genannt), worin 5-6 Webstühle Platz fanden. Diese Winkel dienten ausschließlich der Weberei, im Gegenfalle zu den alten Häusern, wo diese Zimmer auch als Küche verwendet wurden. Auch das Streben nach Weiterbildung und Vorwärtkommen im Leben war vielfach beim Weber anzutreffen. Besuchten doch manche jüngere Weber Sonntags die Krefelder Webeschule und wandten sich später dem Fabrikbetriebe zu.

Für das materielle Vorwärtkommen der damaligen Weber waren die Verhältnisse eigentlich günstiger als für die heutiger Fabrikweber. In St. Hubert hatte fast jeder verheiratete Weber ein kleines, einstöckiges Wohnhaus mit Garten. Der Weber, der in den sechziger Jahren mit mehreren Kindern zusammen arbeitete oder sonst ein paar Gesellen und Lehrlinge beschäftigte, verdiente reichlich Geld. Es war Regel, daß der Lohn des Lehrlings im ersten Jahre zur Hälfte dem Meister zufiel. Nach Ablauf des ersten Jahres wurde der Lehrling Geselle. Vom Gesellenlohn bekam der Meister ein Drittel. Manche Weber haben es, begünstigt durch den Umstand, daß ihre Kinder gleich mitverdienten, zu einem kleinen Wohlstand gebracht. Es erklärt sich dies auch dadurch, daß die Gemeinden St. Hubert, Hülsh und auch Löhndorf von jeher bei den Krefelder Fabrikanten im Ruf standen, die besten Samtweber zu besitzen. Die schwersten Samtwerke ließ man dort mit Vorliebe weben. Allerdings waren auch unter den Webern solche, die meinten, das bliebe nun immer so, die darum jeden Abend ins Wirtshaus gingen und sich dort mit den reichen Bauern „zantten“. Der sogenannte „Blau Montag“ jedoch ist in St. Hubert niemals Mode gewesen, wie dies auch die Werkmeister von damals befanden können. Schilderungen, wie sie Dr. Trauns in seinem Buche: „Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb“ Seite 7 macht, treffen für St. Hubert nicht zu.



welche für sie einzutreten gern bereit sind. Also christliche Arbeiterinnen, werfet einmal alle Engherzigkeit ab und tretet ein in die christlichen Gewerkschaften.

Nun sagt manche junge Arbeiterin: Was wollen die Gewerkschaften für uns? Die christlichen Gewerkschaften wollen dir die Waffen in die Hand geben, womit du den Kampf des Lebens führen kannst, sie wollen dir helfen bei der Arbeit, sie wollen das Arbeitsverhältnis so gestalten, daß du an Leib und Seele gesund dabei bleiben kannst, daß dir die Arbeit Freude mache und nicht zu einer Quelle vieler Kummernisse und der Trostlosigkeit werde.

Anna Milles.

Kriegervereine und Arbeitswillige. Aus Barmen berichtet die Tagespresse folgendes:

„Um die Reservisten für die Kriegervereinsfrage zu gewinnen und von dem Beitritt zur sozialdemokratischen Partei oder zu den freien Gewerkschaften fernzuhalten, plant der Barmener Krieger- und Landwehrverband, dem 47 Vereine angeschlossen sind, die Gründung einer deutschnationalen Kasse für arbeitswillige Kameraden. In dem Rundschreiben, mit dem er sich an die ihm angehörenden Vereine wendet und in dem er ihnen seinen Plan unterbreitet, wird die Erhebung eines Sonderbeitrages von 1 M. pro Jahr und Mitglied vorgeschlagen.

Der Barmener Krieger- und Landwehrverband begibt sich mit dieser Arbeitwilligen-Kasse auf eine sehr schiefe Ebene, auf der er sehr leicht ganz kläglich abzurutschen könnte. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Kriegervereine, sich berart in das Gewerkschaftsleben und die Wirtschaftskämpfe einzumischen.

Darum kann man dem Barmener Krieger- und Landwehrverband nur raten: Bleibt mit den Fingern von solchen Dingen! Die Kriegervereine sollten ihren Mitgliedern aus dem Arbeiterstande, insbesondere den Reservisten, den Beitritt zu den christlich-nationalen Gewerkschaften empfehlen.

Sozialdemokratische Verleumder am Pranger. Wohin die Sucht der Genossen, die christlichen Gewerkschaften in gänzlich unmotivierter Weise zu beschmutzen und zu verdächtigen, führt, darüber wieder in Nr. 16 des Textilarbeiters, des Organs des deutschen Textilarbeiterverbandes, ein Beispiel. Dort ist zu lesen:

„Nomas. Ein sonderbarer Heiliger“ scheint der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes hier zu sein; er behandelte einen Arbeiter in der Fabrik, in der er Ober-Berichter ist, derart, daß der Arbeiter erschreckt nach Hause lief — in Hose und Hemd, denn seine übrige Kleidung war im Weisjahl herumgeworfen worden.

Der christliche Textilarbeiterverband hat in Nomas kein einziges Mitglied! Kommentar überflüssig.

Fälschung und Täuschung als sozialdemokratische Agitationswaffen. Für die unehrliche Kampfweise der sozialdemokratischen Presse wieder ein sprechendes Beispiel. Im sozialdemokratischen „Tabakarbeiter“, Nummer 18/1911 wird eine Zusammenstellung über die Entwicklung der drei Gewerkschaftsrichtungen in Baden gebracht, die für die christlichen Verbände folgendermaßen aussieht:

Table with 3 columns: Zahlstellen, Mitglieder, davon weibliche. Rows for years 1900, 1905, 1909.

Zur Erklärung dieser Tabelle wird dann folgendes beigefügt: „Zu bemerken ist zunächst, daß die kaufmännischen Gewerkschafter gemäß der Aufstellung des

statistischen Landesamts auch hier nicht mitgezählt sind. Dagegen sind bei den Christen die Eisenbahner, welche 1900 in 30 Verwaltungsstellen 5186 Mitglieder hatten, hinzugezählt.“

Aus dieser Bemerkung muß jeder Uneingeweihte entnehmen, daß der Badische Eisenbahnerverband für alle drei Vergleichszahlen den christlichen Gewerkschaften zugezählt ist. Es wird auch versucht, den Anschein zu erwecken, als ob die amtliche Statistik eine solche Gruppierung vorgenommen habe.

Table for Christian Trade Unions: Zahlstellen, Mitglieder, davon weibliche. Rows for years 1900, 1905, 1909.

Table for Baden Railway Workers' Association: Zahlstellen, Mitglieder. Rows for years 1900, 1905, 1907.

Für das Jahr 1900 hat der Verfasser obiger Schwindelnotiz also die Mitgliederzahl des Badischen Eisenbahnerverbandes mit zu der Zahl der übrigen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften hinzugerechnet, für die Jahre 1905 und 1909 aber hat er sie weggelassen, ohne es zu erwähnen und ohne die Zahlen dieses Verbandes gesondert aufzuführen.

Rundgebungen für die Reichsversicherungsordnung. Der Gesamtausschuß des katholischen Arbeitervereins Stuttgart nahm in seiner Sitzung vom 1. Mai 1911 zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung Stellung.

1. Der Ausschuß spricht sich für die Annahme der Reichsversicherungsordnung aus, weil dadurch die Gewährung geboten ist, daß der deutschen Arbeitererschaft jährlich rund 140 Millionen Mark mehr als bisher aus der sozialen Versicherungsgefeßgebung zufließen.

2. Der Ausschuß hält die von den Gegnern so sehr beanstandeten Änderungen bezüglich der Anstellung der Krankentassenbeamten, wie sie die Kommissionsbeschlüsse vorsehen, angesichts der Tatsache, daß seither bei der Anstellung der Beamten vielfach weniger auf deren Tüchtigkeit, als auf deren Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gesehen wurde, für durchaus berechtigt.

3. Der Ausschuß begrüßt lebhaft die erhebliche Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen, welche sich bei der Kranken- und Unfallversicherung zusammen auf rund 9 1/2 Millionen berechnet; des weiteren die Schaffung der Hinterbliebenenversicherung, deren weiterer Ausbau eine wichtige Aufgabe der Zukunft sein wird, die Vereinheitlichung des Verfahrens und die Schaffung einer örtlichen Zentralinstanz für alle Fragen der Arbeiterversicherung.

4. Der Ausschuß protestiert ganz entschieden gegen die vom Württ. Krankentassenverband eingeleitete maßlose Hege und Agitation, die sich gegen die Annahme der Reichsversicherungsordnung richtet.

Der Ausschuß verkennt zwar nicht, daß der rund 1750 Paragraphen umfassende Entwurf noch mancher Verbesserung fähig wäre, und ist überzeugt, daß die durch den Entwurf vorgezeichnete und geschaffene Ordnung zum weiteren Ausbau der Sozialversicherungsgesetzgebung führen wird.

Der Münchener „Arbeiter“ bemerkt zu dieser Resolution, daß der 16000 Mitglieder zählende Diözesanverband der katholischen Arbeitervereine Württembergs in der Beurteilung der Reichsversicherungsordnung mit dem Ausschuß des Stuttgarter Vereins einig gehe.

Die nicht sozialdemokratischen Krankentassenangeestellten beginnen auch, Protest gegen die sozialdemokratische Hege zu erheben und für die Annahme der Reichsversicherungsordnung öffentlich einzutreten.

Die Krankentassenangeestellten erachten die Bestimmungen im Entwurfe der Reichsversicherungsordnung nach den Beschlüssen der Kommission als geeignete Grundlage für die gesetzliche Regelung ihrer Anstellungs- und Rechtsverhältnisse und setzen das vollste Vertrauen in die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften, daß durch die Bestimmungen des Einführungsgesetzes eine Aufhebung oder Beschränkung wohlverborener Rechte und gerechtfertigter Bezüge nicht zu erwarten steht; sie sind auch der Ueberzeugung, daß die getroffenen Bestimmungen lediglich eine Folge der vielfach mißbräuchlichen Ausübung des Selbstverwaltungsrechtes sind.

„Landesvereins der Ortskrankentassenbeamten im Königreich Sachsen“ und des „Bundes deutscher Krankentassenbeamten“.

Fu den Fortbildungsschulen des „Musterländle“. Zu dem Artikel in Nr. 14 unseres Organs über die Pflichtfortbildungsschulen in Preußen schreibt uns ein Kollege aus Baden, wo die für Preußen geplante Fortbildungsschule schon besteht und jeder Arbeiter unter 18 Jahren verpflichtet ist, 3 Jahre diese Schule zu besuchen:

„Die Fortbildungs- resp. Gewerbe-schulen wirken in der Tat für die heranreifende männliche Jugend sehr segensreich und nuzbringend. Wir christlichen Gewerkschafter haben alle Ursache, uns über jede Verbesserung auf dem Gebiete des Schulwesens, sofern die arbeitende Jugend auch wirklich daran beteiligt ist, herzlich zu freuen. Die ganze Gewerkschaftsbewegung ist an einer guten Schulbildung der Arbeiterschaft stark interessiert.“

Ein Beispiel: Vor einiger Zeit kam ein Gewerbeschüler zu mir und sagte, der Gewerbelehrer hätte in der Schule nach Statuten von einer Gewerkschaft gefragt.

Man kann es begrüßen, daß dieser Gewerbelehrer seine Schüler auch auf die gewerkschaftlichen Organisationen aufmerksam macht, man kann es aber zugleich bedauern, daß er die jungen Leute nicht offen vor den sozialdemokratischen Verbänden gewarnt hat.

Leider muß man in bezug auf Baden sagen, daß die Sozialdemokratie von vielen einflussreichen Kreisen zu viel begünstigt und verhätschelt wird. Dazu kommt, daß manch einer die ganze Hohlheit der sozialdemokratischen Grundzüge längst erkannt hat, sich aber scheut, offen gegen die Sozialdemokraten zu sein.

Wenn man das Verhalten eines Teiles der badischen Beamten, Lehrer usw. der Sozialdemokratie gegenüber näher betrachtet, so könnte man wohl zu der Meinung kommen, daß sie sich den Götterbesatz aus Faust dabei zur Richtschnur genommen hätten, wo es heißt:

Man weiß, das Volk taugt aus dem Grunde nichts, Man weiß, man sieht's, man kann es greifen, Und dennoch taugt man, wenn die Luder pfeifen.

Wo sitzen die Streikbrecher? Die Stuttgarter sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ verbraucht Ströme von Druckerchwärze, um der Welt klar zu machen, daß die christlich organisierten Hauschlosser und Lederarbeiter „Streikbrecher“ sind.

In ihrem Hochmutsdelirium wollten die sozialdemokratischen Hauschlosser und Lederarbeiter nicht gemeinsam mit den christlichen verhandeln, anders wollten aber die Meister es nicht tun, weil sie vernünftiger Weise den „Genossen“ ein besonderes Vorrecht vor den nichtsozialdemokratischen Arbeitern einzuräumen nicht Willens waren.

Streikbruch haben geübt die Metallarbeiter in Pforzheim mit besonders ausgestellten Streikbrecherpässen. Streikbruch geübt haben die Metallarbeiter auf der Dortmunder „Union“, wo nicht weniger wie ca. 100 sozialdemokratische Heizer und Maschinisten Streikbrecherdienste leisteten.

Streikbruch geübt die Metallarbeiter in Solingen mit Wissen der Stuttgarter Vorstandschaft, als sie den Messerschleifern in den Rücken fielen. Streikbruch übten die Metallarbeiter bei der Bewegung in der Zellulosefabrik in Eilenburg. Streikbruch übten die sozialdemokratischen Lederarbeiter in Freiburg in Baden. Streikbruch übten die sozialdemokratischen Maurer in Halle 1900, in Grätz 1903, die Berliner Modelliergenossen und die Zimmerer in Meissen 1905.



besorgen. Bekannt sind die Feindseligkeiten zwischen der sozialdemokratischen Brauer- und Transportarbeiterorganisation, die sich von Zeit zu Zeit immer wieder von neuem gegenseitig des Streikbruchs bezichtigen.

Das mag vorerst einmal genügen, um den Lesern zu zeigen, was davon zu halten ist, wenn die sozialdemokratische Tages- und Gewerkschaftspresse christlichen Arbeitern den unberechtigten Vorwurf des Streikbruchs macht. Sie hätte wahrlich genug zu tun, die wirklichen Streikbrüche der sozialdemokratischen Gewerkschaften Tag für Tag festzunageln, von denen in der Geheimkonferenz der Gewerkschaftsvorstände in Berlin nach dem veröffentlichten Protokoll der Führer der sozialdemokratischen Holzarbeiter sagte: „Derartige Dinge stinken zum Himmel!“

Ihre völlige Ohnmacht bezeugt den „radikalen“ Genossen in der letzten Nummer (9) der „Sozialistischen Monatshefte“ „Genosse“ Dr. Maurenbrecher, indem er schreibt:

„Fragt irgendeinen unserer sogenannten Radikalen, auf welchem Wege denn nun das Proletariat zur Macht kommen werde, was wir denn nun tun sollen, um dem entscheidenden Schritte zur Macht näher zu kommen? Die Antwort ist immer Entrüstung über den Frager, aber nie ein klares Programm und eine Auseinanderfolge bestimmter, deutlich vorgestellter Aktionen. Es heißt dann: „Der Frager hat von dem Wesen unserer Partei keine Ahnung“; oder „jeder Quartaner weiß“ usw. Der Frager gilt als Idiot oder als Denunziant oder als Spitzel oder als sonst was; aber eine Antwort hat sich ein Frager aus all dem Lärm noch niemals heraushören können. Höchstens, daß mit der Miene der Weisheit verkündet wird: Das Proletariat wird schon wissen, was es zu tun hat; in der entscheidenden Stunde wird unsere alte bewährte Taktik uns schon zum Siege führen, und ähnliches mehr. Zwei, drei, auch fünf Jahre glaubt man solchen Reden: schließlich merkt man doch langsam, daß hinter alledem nichts anderes steht als ein Nichts. Sie haben kein Programm, und deshalb können sie uns Leins sagen. Sie wissen nicht, was sie tun sollen, und deshalb machen sie Worte. Sie müssen sich und andere über die gänzliche Leere ihres Innern hinwegtäuschen.“

Genosse Maurenbrecher quittiert die totale Ohnmacht seiner Partei und die Unsinnigkeit ihrer Grundzüge in recht deutlichen und scharfen Worten. In der christlichen Arbeiterpresse sind ähnliche Worte öfters ausgesprochen worden, dann aber fällt alleweil die ganze rote radikale Preßmenge wie Wilde über sie her. Was ihr an der Kraft der Gründe fehlt, sucht sie durch kräftige Schimpfworte zu ersetzen. Die getreuen Jünger Marx wissen nicht, was sie anders tun sollen, sie machen nur Worte. Es gibt ja Dummheit genug, die darauf hereinfallen.

### Aus unserer Industrie.

#### Rundschau auf dem Textilmarkt.

In unserer letzten Rundschau konnten wir berichten, daß auf dem

#### Baumwollmarkt

eine gewisse rückläufige Bewegung zu bemerken war, die sich hauptsächlich in — wenn auch geringen — Preisreduktionen bemerkbar machte. Die Folge war eine weitgehende Zurückhaltung der Rohstoffverbraucher. Die Nachrichten von einer guten amerikanischen Ernte, auf der die laue Haltung basierte, wurden aber nunmehr modifiziert. Darauf trat rasch wieder eine Befestigung des Marktes und der Preise ein. Zwar machte sich in der dritten Aprilwoche noch einmal eine laue Haltung bemerkbar, doch war diese nur von kurzer Dauer. Heute wird von allen bedeutenden Baumwollplätzen feste Haltung mit durchaus festen Preisen bekundet. Der Verbrauch an Baumwolle ist in diesem Jahr ein größerer als in den früheren, der Weltvorrat dementsprechend geringer. Die Nachfrage nach Baumwolle ist sehr lebhaft, an guten Sorten tritt teilweise schon Mangel hervor.

In England haben die erhöhten Baumwollpreise einen starken Rückgang an den bestriedigenden Preisen für Garne und Gewebe, nach denen lebhaft Nachfrage besteht. In Frankreich wird über schwache Zufuhren geklagt, die die Preise stark in die Höhe gehen lassen.

Die Wichtigkeit, die eine Bepflanzung eines Landes mit Baumwolle gerade auch für Deutschland hat, läßt uns erwähnen, daß i. J. 1910 zum ersten Male eine größere Ausfuhr aus Schwantung stattgefunden hat; die hier erzeugte Baumwolle entspricht bezüglich der Qualität fast ganz der amerikanischen. Aus Algier wird gemeldet, daß im Jahre 1910 462 Hektar mit Baumwolle bepflanzt waren, die 4694 dt Rohbaumwolle hervorbrachten; zum Vergleich konnten 1564 dt geerntet werden. Diese Zahl ist allerdings sehr gering, ist aber leicht freigerwerblich. Die Pläner verlangen Unterstützung der Regierung, die wohl auch gewährt werden wird. Diese Zahlen beweisen, wie der Mangel an Baumwolle nicht nur in Deutschland empfunden wird. Man darf wohl hoffen, daß ihm in absehbarer Zeit abgeholfen sein wird, besonders da auch Amerika bei rationellem Anbau bedeutend mehr Baumwolle als jetzt (10—15 Mill. Ballen) erzeugen kann. Als Anbauveränder kommen die beiden erwähnten für uns bis jetzt nicht in Frage.

In der Textilindustrie ist der Mangel an Rohstoff ein charakteristisches Bei-

#### Spate

herricht zwar kein ausgesprochenes Mangel, doch ist auch hier das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage für letzteres sehr günstig. Die Juteindustriellen

sind im Gegensatz zu den Baumwollspinnern in der angenehmen Lage, die Preise günstig zu gestalten. Nachdem der Verband Deutscher Juteindustrieller die Preise für seine Erzeugnisse vor nicht allzulanger Zeit erhöht hatte, folgte in der Berichtszeit wiederum eine Steigerung. Die Möglichkeit dieser ist in erster Linie durch die straffe Organisation des Verbandes als einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegeben.

Welche Bedeutung Jute heute — nicht zuletzt durch den Mangel an Baumwolle — für Deutschland erlangt hat, geht deutlich aus folgenden Zahlen hervor: Im Jahre 1880 betrug die Einfuhr 17564 t im Gesamtwerte von 6,7 Mill. M.; die Ausfuhr nach Rußland betrug 245 t, so daß sich ein Ueberschuß von 17319 t ergibt. Die folgende Tabelle soll uns die Entwicklung der Jute-einfuhr klar machen.

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr		Ueberschuß	
	Menge t	Wert Mill. M.	Menge t	Wert Mill. M.	Menge t	Wert Mill. M.
1880	17 564	6,7	245	0,1	17 319	6,6
1881	18 603	6,5	202	0,1	18 401	6,4
1882	23 601	7,1	256	0,1	23 345	7,0
1883	33 472	10,4	339	0,1	33 083	10,3
1884	33 799	11,2	377	0,1	33 422	11,1
1885	41 900	10,1	787	0,2	41 113	9,9
1886	44 002	9,7	800	0,2	43 202	9,5
1887	57 358	12,6	1 166	0,3	56 192	12,3
1888	58 940	14,7	833	0,2	58 107	14,5
1889	61 154	15,6	624	0,2	60 530	15,4
1890	70 938	19,2	1 129	0,3	69 809	18,9
1891	84 286	20,2	2 305	0,6	81 981	19,6
1892	56 862	15,2	2 770	0,9	54 092	14,3
1893	88 868	27,5	6 029	2,0	82 839	25,5
1894	78 152	22,7	6 482	2,0	71 670	20,7
1895	113 828	27,3	7 538	2,0	106 290	25,3
1896	98 845	24,9	10 590	2,8	88 255	22,1
1897	89 291	21,9	9 667	2,5	79 624	19,4
1898	142 854	34,3	10 091	2,5	132 763	29,8
1899	99 066	27,2	18 047	5,1	81 019	22,1
1900	97 106	30,1	12 754	4,1	84 352	26,0
1901	117 542	32,9	6 988	2,0	110 554	30,0
1902	140 851	35,2	6 923	1,9	133 928	33,1
1903	112 022	29,1	10 392	2,9	101 630	26,2
1904	139 315	33,3	7 076	2,1	132 239	31,2
1905	127 339	47,8	6 590	2,5	120 749	45,3

Der Raum verbietet mir, auf die Tabelle näher einzugehen. Eines zeigt sich uns aber klar: unter mancherlei Rückschlägen hat heute die Jute-einfuhr eine bedeutende Höhe erreicht, sie beträgt 1905 abzüglich der Ausfuhr 120 749 t im Werte von 45,3 Mill. M.

#### In der Bindfadenindustrie

macht sich eine zunehmende Ueberschneidung recht unangenehm bemerkbar. Der Verband Deutscher Bindfadenfabrikanten, der sich ja nun, wie schon gemeldet, zu einer Kontingentierung der Produktion entschlossen hat, ermittelte, daß der Gesamtabsatz im Inland im Jahre 1910 sich auf ca. 25 1/2 Mill. kg belief. Der Gesamtumsatz hat sich aber in den letzten drei Jahren kaum gehoben, so daß alle Erzeugnisse einer Ueberschneidung einkoten; die Preise sanken so, daß viele Fabriken nur noch mit Verlust arbeiten konnten. Unserer letzten Meldung ist noch nachzutragen, daß sich der Verband zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung konstituiert hat, die aber nicht, wie z. B. das Kohlen Syndikat, eine gemeinsame, zentrale Verkaufsstelle hat, sondern nur für jedes angeschlossene Werk die Produktion festsetzt (kontingentiert). Dabei bleibt der unmittelbare Verkehr zwischen Kunden und Fabrik aber aufrechterhalten.

#### Vom Flach- und Hanfmarkt.

Die Preise für Flach haben trotz aller gegenteiligen Hoffnungen noch keinen Rückgang erfahren — im Gegenteil, sie sind gestiegen. Wenn wir früher bei Meinungs Ausdruck gaben, daß durch die Betriebsbeschränkungen und die Zurückhaltung der Verbraucher ein Preisrückgang nicht eben unwahrscheinlich sei, so müssen wir heute gestehen, daß wir uns getäuscht haben; von einer erheblichen Preisreduktion kann keine Rede sein, zumal da die Ernte in besseren Qualitäten nahezu erschöpft ist.

Auch mit dem Hanf sieht es nicht günstiger aus. Die Einfuhr aus Rußland ist gering, da die dortige Industrie ihn selbst zu hohen Preisen ankauft. Unsere Industriellen legen sich die größte Zurückhaltung im Verbrauch auf, da man beim Eintreffen der Sommerware immerhin noch auf einen Preisrückgang hofft. Die Preise in Flach- und Hanfgarben sind fest.

#### Günstiger als bisher lauten die Nachrichten von den deutschen Wollmärkten.

Die Wollauktionen sind gut besucht und reiche Auswahl ist vorhanden. Wenn der Geschäftsgang auch nicht gerade übermäßig lebhaft ist, so sind doch die Preise fest. Eine größere Nachfrage zeigt sich für mittelfeine Wolle. Die Kamgarindustrie hatte während der ganzen Berichtszeit wenig Nachfrage, Aufträge von Belang liefen nicht ein. Streichgarne zeigen dem gegenüber eine Besserung, die Kaufkraft ist hier in allen Qualitäten reger.

In Kamuzügen und Kammlingen war zwar die Nachfrage nicht sehr lebhaft, die allgemeine Lage ist aber durchaus keine ungünstige, zumal da sich die Preise in vollem Umfange behaupten konnten. Wollabfälle werden sehr lebhaft verlangt.

Für wollene und halbwoolene Gewebe zeigt sich der erwartete Aufschwung noch immer nicht; das gleiche gilt auch für die Kleiderstoffindustrie, wenigstens für die ersten Wochen unserer Berichtszeit. Neuerdings macht sich ein entschiedener Aufschwung bemerkbar. Die Fabriken sind dadurch befriedigend beschäftigt. Zwar war der Absatz in wollebenen Winterstoffen wegen der eingetretenen milden Witterung keinewegs günstig, dafür haben sich aber die Aufträge in Sommerartikeln stark vermehrt. Die günstige Lage des Auftragsbestandes hält nicht gleichen Schritt mit den Preisen, die noch nicht

auf der gewünschten Höhe sind; es besteht auch wenig Hoffnung, daß sie in nächster Zeit eine beträchtliche Steigerung erfahren.

#### Seide und Samt.

In der Mitte des Monats April zeigte sich in Mailand auf dem Seidenmarkt eine Belebung. Die Hoffnung, daß diese endlich nach der langen Zeit der Stagnation anhalten möge, hat sich nicht erfüllt. Die alte Ruhe ohne nennenswerte Aufrüche war bald wieder da; in den letzten Tagen scheint nun endlich ein friherer Zug in das Geschäft gekommen zu sein, die Preise sind bis jetzt nicht gesunken. Allerdings ist auch die Differenz zwischen den Preisen der Kokons und denen der Gespinnte keineswegs befriedigend. Die momentan schlechte Lage der italienischen Seidenindustrie rührt nicht zuletzt von der scharfen Konkurrenz Japans her, das mit der ihm eigenen Jähigkeit den Markt mehr und mehr für seine Produkte erobert. Vor einiger Zeit haben wir von der beabsichtigten Errichtung eines Seideninstitutes in Italien berichtet; aus dem Plane wird wohl nichts werden, da die parlamentarische Kommission die Bewilligung der nötigen Mittel abgelehnt hat.

Der Markt in Seidenwaren ist ruhig, wenn auch eine Aufwärtsbewegung in den letzten Wochen nicht zu verkennen ist; nach wie vor günstig ist dagegen die Samt- und Plüschindustrie beschäftigt.

#### Betrachten wir die momentane

#### Lage der Textilindustrie im ganzen,

so können wir konstatieren, daß sie günstiger ist, als seit langem. In den meisten Zweigen ist ein Aufschwung zu verzeichnen — er zeigt sich in vermehrten Auftragsbeständen besonders aber in der Befestigung der Preise, die sich auf die ganze Industrie erstreckt. Von einem guten Geschäftsgange kann jedoch längst nicht die Rede sein. Der Arbeitsmarkt zeigt speziell für die Textilindustrie eine so günstige Gestaltung wie schon lange nicht mehr. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise an das Reichsarbeitsblatt kommen im März auf 100 offene Stellen 128 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 170 im Februar und 135 im März vorigen Jahres. Man muß bis zum Oktober 1909 zurückgehen, um ein ähnlich günstiges Verhältnis zu finden. Da kamen auf 100 offene Stellen 126 Arbeitsgesuche. Die angeführten Zahlen beziehen sich auf männliche Arbeiter. Für weibliche kamen im März auf 100 offene Stellen 79 Arbeitsgesuche gegen 90 im Februar und 83 im März des Vorjahres. Eine ähnlich günstige Lage war lange nicht vorhanden. Die Zahl der Vermittlungen betrug 794. Im ganzen lagen in der Textilindustrie 1475 Arbeitsgesuche vor, denen 1155 offene Stellen gegenüberstanden. Im Vormonat stellten sich die Zahlen auf 2066 und 1273. Die Zahl der Vermittlungen hatte 1129 betragen.

Wie der Arbeitsmarkt hier im speziellen, so zeigt er auch in seiner Gesamtheit eine durchaus günstige Gestaltung. Auf 100 offene Stellen kamen bei männlichen Personen 157 Arbeitsgesuche gegen 210 im Februar 1911 und 182 im März 1910, bei weiblichen 76 Arbeitsgesuche gegen 81 im Februar 1911 und 84 im März 1910. Die Aufwärtsbewegung in der Beschäftigung hat, wie wir aus diesen Zahlen ersehen, recht kräftig eingesetzt, so kräftig wie schon lange nicht mehr. Hoffentlich ist die lebhafteste Frühjahrsbewegung der Anfang einer steigenden Kurve.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

##### Coesfeld.

Die Aussperrung in Coesfeld ist insofern in ein neues Stadium eingetreten, als sich der Textilindustriellenverband des Münsterlandes der Sache angenommen hat. In einer am 1. Mai abgehaltenen Sitzung hat er folgenden Beschluß gefaßt:

„Nachdem durch den Prüfungsausschuß festgestellt worden ist, daß die Lohnforderungen der Arbeiter durchaus unbegründet sind, und daß von der Weberei Röll u. Co. für die in Frage kommenden Gewebe 5—15% höhere Löhne gezahlt werden, als in anderen die gleichen Gewebe fabrizierenden Webereien, beschloß der Verband münsterländischer Textilindustrieller, in sämtlichen Betrieben des Verbandes allen organisierten Arbeitern am Samstag, den 6. Mai, zu kündigen, falls bis dahin die Arbeiter in Coesfeld die Arbeit zu den bisherigen Lohnsätzen nicht wieder aufgenommen haben.“

Diesem Beschlusse der Arbeitgeber tritt unser Bezirksleiter, Kollege Otte, mit folgender Erklärung in der münsterländischen Tagespresse gegenüber:

„Der wegen des Streiks der Arbeiter der Firma Röll u. Co. in Coesfeld am Montag, den 1. cr., in der Generalversammlung des „Verbandes münsterländischer Textilindustrieller“ gefaßte Beschluß, die Bezirksaussperrung erfolgen zu lassen, ist in seinem Wortlaute geeignet, unrichtige Ansichten über das Vorgehen der Arbeiter, bezw. der Organisationsleitung, gegenüber der Firma Röll u. Co. in der Öffentlichkeit aufkommen zu lassen. Demgegenüber erscheint es notwendig, folgendes der Öffentlichkeit zur Klarstellung zu unterbreiten:

- 1) Von den Arbeitern der Firma Röll u. Co. ist keine allgemeine Lohnforderung gestellt worden. Diesbezüglich handelt es sich nur um eine Lohnregulierung zwischen Niet- und Klappstählen und einigen Unterstählern. Nur für die zu niedrig entlohnten Gewebe ist eine Aufbesserung gewünscht worden, im Vergleich zu den auf Klappstählen von der Firma bereits gezahlten Löhnen.
- 2) Der Beschluß des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller muß allgemein die Ansicht in der Öffentlichkeit aufkommen lassen, daß die Firma Röll u. Co. bereits die höchsten Löhne zahlt. Jedoch ist, daß auch Firmen festgestellt sind, wo höhere



Böhne für gleichartige Gewebe, für welche die Arbeiter eine Erhöhung wünschen, gezahlt werden.

Auf eine Veröffentlichung der Hauptursachen und sonstigen Begleitumstände des Streiks der Arbeiter der Firma Koll u. Co., welche erst ein richtiges Bild von der Sachlage zu geben imstande sind, sei im Interesse des Friedens und der zu wünschenden Einigung vorläufig verzichtet."

**Sünningen (Elsaf).**

In der Seidenstoffweberei Schwarzenbach u. Cie. haben die Webereiarbeiter der Firma Lohnforderungen unterbreitet. Anlaß hierzu gaben die in den letzten Jahren sich stetig vermindernden Löhne dieser Arbeiterkategorie. Den Jacquard-Webern ist z. B. durch Wegfall der Jacquardgewebe, an deren Stelle glatte Gewebe traten, ein durchschnittlicher Lohnausfall von etwa 10 Mark entstanden. Ferner wurden auch die Taffete durch minder bezahlte Artikel ersetzt. Die gegenwärtigen Löhne der Weber, die sich im günstigsten Falle auf 35 bis 40 Mark 14tägig stellen, ermöglichen es diesen Arbeitern nicht, sich den durch die örtlichen Teuerungsverhältnisse erschwerten Existenzbedingungen in würdiger Weise anzupassen.

Durch den christlichen Textilarbeiterverband ist nun die Ausarbeitung eines Lohntarifs vorgenommen worden. Die einzelnen Positionen erfuhren gegenüber den früheren Sätzen eine Erhöhung von 1/2 bis 1 1/2 Pfg., was im Effekt eine Lohnverbesserung von 2,50 bis 3 M. pro 14 Tage zur Folge hätte.

In einer am 26. April stattgefundenen gut besuchten Fabrikversammlung wurden nun die der Firma zu unterbreitenden Forderungen besprochen. Diese waren in folgenden Punkten formuliert:

1. Zugrundelegung der neu aufgestellten Tariffätze für die Lohnberechnung.
2. Gewährung einer Entschädigung von 10 Pfg. pro Stunde bei Warten auf Material und Reparaturen von der ersten Stunde ab.
3. Die Berechnung des Lohnes bei Verarbeitung von schlechtem Material nach der Zugrundelegung des Durchschnittslohnes des letzten zwei Monate.
4. Tagelohnsatz bei Arbeiten außer Allford in der Jacquard-Weberei 3,20 M., in der Glatt-Weberei 3,00 M. (früher 2,80 M.).
5. Einführung eines Arbeiterausschusses, der sich auf Grund der Verhältnismäßigkeitskonkurrenz stellt.

Kollege Wilger-Mühlhausen referierte über die einzelnen Punkte und begründete dieselben in ausführlicher Weise. Die Versammlung akzeptierte sie übereinstimmend und beauftragte die Verbandsleitung, der Firma diese Forderungen zuzustellen. Zur Vertretung dieser Forderungen wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt.

Ein anwesender, verärgelter Genosse ließ in der Diskussion durchblicken, daß man sozialdemokratischerseits der Bewegung Schwierigkeiten zu bereiten gedenke. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schwarzenbach, die sämtlich das größte Interesse am Zustandekommen der angestrebten Verbesserung haben, werden aber schon dafür Sorge tragen, daß dieser Genosse und einige seiner Freunde mit ihren Absichten so ziemlich allein auf weiter Flur stehen würden. Im übrigen erwartet die Arbeitererschaft, daß ihren berechtigten Wünschen seitens der Firma eine wohlwollende Berücksichtigung zuteil werde.

An der christlich organisierten Arbeitererschaft des Betriebes liegt es nun, auch fernerhin für eine noch größere Ausdehnung unseres Verbandes unter der Belegschaft eifrigste Sorge zu tragen.

**Lambrecht.**

**Eine Erinnerung.** Um den hiesigen Textilfabrikanten ein früher gegebenes Versprechen, welches auch in dem nach Beendigung des letzten großen Streiks abgeschlossenen Tarifvertrag festgelegt ist, in Erinnerung zu bringen, fand hier am 29. April eine gemeinsame Versammlung der beiden Textilarbeiterverbände statt. Als Referenten waren der Gauleiter des „deutschen“ Verbandes und unser Bezirksleiter anwesend. Das Versprechen der Fabrikanten besteht darin, daß sie versicherten, die hiesigen Textilbetriebe würden alsbald zur Einführung des zehnstündigen Arbeitstages schreiten, wenn gewisse Konturenzpläne der Laufstuh den zehntägigen Tag einführten würden. Letzteres wird nun ab 1. Oktober dieses Jahres geschehen.

Die Versammlung gab ihrer Erwartung dahin Ausdruck, daß die Herren Fabrikanten freiwillig den zehntägigen Tag einführen werden, ohne daß dadurch eine Schwächung des Verdienstes der Tagelöhner entsteht.

**Lechhausen.**

**Eine von Erfolg gekrönte Lohnbewegung.** Die Arbeitererschaft der Färberei, Bleicherei und Appretur vom Prin. Nachfolger in Lechhausen bei Augsburg ging Ende März daran, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustreben. Die Vorbereitungen wurden von der Bezirksleitung unseres Verbandes getroffen. Auch wurde die Leitung der gegenwärtigen Verbände zur vorbereitenden Mitarbeit herangezogen, ein Vorgehen, zu dem sich umgekehrt die Führer des sozialdemokratischen Verbandes bis dato noch nicht aufzuschwingen getrauten. Sie stellen uns in der Regel vor die fertige Tatsache, und wenn wir dann nicht blindlings zustimmen, setzt es Schimpfe ab.

In zwei Fabrikversammlungen, welche überaus gut besucht waren, wurde die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dargelegt und eine Kommission gewählt, welche die Forderung vor der Direktion zu vertreten hatte. Das ruhige und kluge Vorgehen der Arbeiter hat wohl dazu beigetragen, daß die Direktion der Kommission sehr wohlwollend entgegengekommen ist und folgende Vereinbarungen mit ihr traf:

Die Löhne der gesamten Arbeitererschaft werden um 2 Pfg. pro Stunde aufgebessert. Das ergibt für jeden einzelnen Arbeiter pro Woche 1,20 Mark. Um eine bessere Gleichheit der Löhne herbeizuführen, erhalten solche, welche mit dem Lohn noch zurück sind, drei und vier Pfg. Zulage pro Stunde. Eine Bestimmung in der Arbeitsordnung, wonach am Faschings-Dienstag von mittags ab der Betrieb ruhte, wurde aufgehoben und dafür der Nachmittags vor Weihnachten freigegeben. Bestehende Mißstände sollen beseitigt werden. Maßregelungen wegen dieser Bewegung oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation finden nicht statt.

Die Direktion wünscht, daß in Zukunft besonders das Vorprechen einzelner Arbeiter um Lohnverbesserung vermieden werde. Die Lohnverhältnisse sollen vielmehr gemeinsam durch die Vertretung der Arbeitererschaft mit der Direktion periodisch geregelt werden.

Wie ein warmer Sonnenstrahl im kalten, öden Wintertag, so strich das freundliche Entgegenkommen dieser Direktion ab von den scharfmacherischen Gelüsten so mancher anderen Betriebsleitungen. Die Arbeitererschaft anerkannte deshalb auch das Erreichte. Sie hat in der Schlussversammlung versprochen, die Wünsche der Direktion zu respektieren und ganz besonders auch der Organisation treu zu bleiben.

**Aus unseren Bezirken.**

**Vorwärts und Aufwärts, Kolleginnen in Baden!**

Von einer Kollegin aus Baden wird uns geschrieben: „Wer von uns wird nicht mit Freude erfüllt, wenn er den Artikel in Nr. 17 unseres Organs über die erfreuliche Vorwärtsbewegung unseres Verbandes liest. Der frische Geist, der da seit der Generalversammlung in Nachen durch unseren Verband geht, hat recht schöne Früchte getragen. Seien wir bestrebt, diesen Geist in uns immer lebendig zu halten.“

Namentlich möchte ich an alle Kolleginnen (bei den Kollegen bedarf es ja dieses Hinweises nicht) die Bitte richten, nicht zu erlahmen im Eifer für unsere gute Sache. Vor allem die Kolleginnen meines engeren Vaterlandes, Badens, möchte ich bitten, mit regem Eifer und Ausdauer zu wirken. Wir haben ja in den letzten 1/2-Jahren gute Fortschritte gemacht, die Mitgliederzahl ist von 963 auf fast 1700 gestiegen. Aber damit dürfen wir uns nicht zufriedener geben, im Gegenteil, das muß uns ein Ansporn sein zu weiterer, freundlicher Arbeit, auf daß das „Musterlande Baden“ in dieser Beziehung ein wahres Muster werde.

Wenn wir dann einmal im Verbandsbezirk Baden auf eine Mitgliederzahl von 2-3000 bliden können, mit wachsendem Stolz muß es uns da erfüllen, wenn wir uns sagen dürfen, auch wir haben dazu beigetragen, soweit es in unserer Kraft stand, um dieses Ziel zu erreichen, zum Wohl der gesamten Arbeitererschaft unseres Vaterlandes. Und wenn wir bei unserer nächsten Generalversammlung hoffentlich einen Mitgliederbestand von 60.000 aufweisen können in unserem christlichen Textilarbeiterverband, so werden unsere Kollegen, gerne oder nicht, gestehen müssen, daß nicht sie allein das vollbracht, sondern daß auch das „schwache“ Geschlecht dazu beigetragen hat, diesen Erfolg zu erringen. Möge auch weiterhin die gemeinsame Arbeit im Verband unter der Devise des Dichters stehn:

„Tausendfleißige Hände regen helfend sich in munterem Bund,  
Und in feurigem Bewegen werden alle Kräfte kund.“  
Elsa Suhr.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Nachen-Murtscheid.** Feste zu feiern gehört nicht zu den Gewohnheiten der christlichen Gewerkschaften, jedoch keine Regel ohne Ausnahme. So auch hier. Es sind 10 Jahre ins Land gegangen, seit die Ortsgruppe Murtscheid dem Zentralverbande angehört. Anlaß genug zu der am Sonntag in der „Jagd“ stattgefundenen Festsfeier. Daß die Arbeitererschaft Murtscheids es auch einmal gerne sieht, wenn eine gemütliche Familienfeier stattfindet, bewies der überaus zahlreiche Besuch. War doch der große Saal bei Beginn vollständig besetzt. Der Vorstand hatte ein gediegenes Programm aufgestellt, und die Mitwirkenden — das Doppelquartett „Ebelweiß“ (Nachen-B.) sowie die Musikvereinigung „Harmonie St. Cecilia“ (Waal) — boten wirklich Glangleistungen. Als Ehrengäste waren die Herren Stadtverordneten Niedgens und Müller und die Vertreter der Sozialistischen Ferienvereinigung erschienen; vom Zentralvorstand war Kollege Heutmann-Düsseldorf anwesend; eine Anzahl anderer Gäste waren wegen Verhinderung entschuldigt, hatten jedoch alle ihre Sympathie und Glückwünsche übermittelt. Nachdem die Mitwirkenden einige Nummern des Programms erledigt hatten, hielt Kollege Heutmann die Festrede. Zunächst überbrachte er die Grüße des Zentralvorstandes, welcher ein weiteres Vorwärtsschreiten in Agitation und Organisation wünschte. Sodann zeichnete er in kurzen Strichen den Gang und die Erfolge unserer zehnjährigen Verbandsarbeit. Studiosus Gröninger überbrachte die Glückwünsche der Ferienvereinigung und Stadtverordneter Niedgens wünschte, nach 15 Jahren noch mit dabei sein zu können, wenn die silberne Jubelfeier bei hoffentlich größerer Mitgliederzahl gefeiert werden könne. Nachdem noch einige kleine Theaterstücke aufgeführt worden waren, erreichte die in allen Teilen wohlgegangene Feier gegen 12 Uhr ihr Ende.

Mh. Fräulein Harder aus Düsseldorf sprach hier am 20. April in einer sehr gut besuchten Versammlung über die Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Arbeiterinnen. Die beiden Präsidenten der katholischen Arbeitervereine aus Senden und Oberkirchberg ergänzten das Referat noch nach den verschiedensten Seiten hin, indem auch sie die Arbeiter und Arbeiterinnen aufforderten, dem Verbands beizutreten. Das Schlusswort sprach unser Bezirksleiter, Kollege Geier. Die Frucht der vielen schönen Worte, die in der Versammlung gesprochen wurden, zeigte sich in einigen Neuaufnahmen.

**Geiz i. Vogli.** „Zeitfragen für unsere Arbeiterinnen“ war das Thema, welches die Kollegin Harder in unserer am 20. April abgehaltenen öffentlichen Versammlung für Arbeiterinnen behandelte. Sie verstand es, den Anwesenden die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation klar vor Augen

zu führen, was auch der reiche Beifall am Schlusse des Referates bewies. In der Diskussion machte sich ein Forscher sozialdemokratischer Färbung durch fortgesetzte Zwischenrufe bemerkbar, die von den Anwesenden mit einem allgemeinen Gelächter beantwortet wurden.

**Kaufbeuren.** Einen interessanten Vergleich zwischen den Unterstützungsleistungen unseres und des „deutschen“ Verbandes zog in unserer Versammlung vom 29. April Kollege Geier in seinem Referate. Er führte uns bei derselben Gelegenheit die hauptsächlichsten Bestimmungen unseres Verbandsstatuts vor Augen. Dem anwesenden Arbeitervereinspräsidenten wurden einige Worte des Dankes gewidmet für sein reges Interesse, das er unsern Bestrebungen stets entgegengebracht hat.

**Kolbermoor.** In der Generalversammlung vom 25. April erstattete uns Kollegin Maria Reiter in ausführlicher Weise Bericht über die kürzlich in Augsburg stattgefundene Arbeiterinnenkonferenz. Verbandssekretärin Frä. Fanny Harder sprach dann über das Thema: „Tagesfragen für unsere Arbeiterinnen.“ Diesem interessanten Vortrage ist folgendes entnommen: Wir haben Vereine der verschiedensten Art, welche mehr oder weniger praktische Ziele verfolgen und wir wissen, daß in vielen, ja man kann sagen, in allen Ständen das Bestreben herrscht, durch gemeinsames Vorgehen die Interessen des Einzelnen zu wahren. Es ist auch für die Arbeitererschaft gut und notwendig, derartige Organisationen zu gründen. Wir sehen, daß sich zu Anfang dieser Organisationen meist nur die Arbeiter für sie interessiert haben. Das hat sich aber mit der Zeit geändert. Die Arbeiterin trat immer mehr in das Erwerbsleben ein. Da ist es denn eine Notwendigkeit geworden, den Berufsorganisationen der Arbeiter auch die Arbeiterinnen zuzuführen. Das gilt ganz besonders von unserer Textilindustrie, die heute eine große Zahl von Arbeiterinnen aufzuweisen hat. Ueber die Ziele und Zwecke manch eines Vereines kann man sich sehr leicht unterrichten, auch über den Zweck unserer Gewerkschaften spez. auch über unsern Verband herrschen bei den Arbeiterinnen noch vielfach die schiefsten Ansichten und trübsinnlichen Auffassungen. Nun entwickelte die Rednerin kurz die wirtschaftlichen Aufgaben der Berufsorganisationen und erwähnte besonders den Anteil, den die Arbeiterinnen daran haben. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß bezweckt ferner auch die Bildung der Arbeiterin, worunter zu verstehen sei die Erziehung zur Opferfreudigkeit und zum Pflichtgefühl. Die Gewerkschaften wollen auch die Förderung der sozialpolitischen Interessen. Dem wären diese Interessen von unseren Berufsverbänden nicht gefördert worden, so wäre vielleicht bis heute mancher Fortschritt für uns unerreicht geblieben. Denn was von Gesetzeswegen für uns getan werden muß, das wird nicht getan, wenn der einzelne es wünscht, sondern es kann nur geschehen durch die Organisation. Wir brauchen ja tatsächlich eine starke Staatshilfe, weil die Arbeiterin mehr zur Abhängigkeit und Unselbstständigkeit verurteilt ist. Die Arbeiterin hat eben Schutz nötig, um nicht ausgebeutet zu werden, um nicht unter gesundheitschädlichen Verhältnissen arbeiten zu müssen usw. Schutz hat sie auch ganz besonders nötig in sittlicher Hinsicht. Eine wichtige Aufgabe übernimmt die Organisation, indem sie für Aufklärung sorgt. Wo die Organisation aufklärend wirkt, kann eine Umgehung der Gesetze durch die Arbeitgeber nicht stattfinden. Dies gilt auch von den Versicherungsgesetzen, wodurch den Arbeiterinnen mancher Verlust erspart bleibt. In treffender Weise widerlegte die Rednerin all die Einwände, die von den Arbeiterinnen gewöhnlich gegen das „Organisieren“ vorgebracht werden, und sie schloß ihre Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Arbeiterinnen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses immer mehr einsehen möchten. Reicher Beifall lohnte diesen Vortrag. Daran anschließend entwickelte sich eine recht lebhafte Diskussion. Nur schade, daß so viele Arbeiter und Arbeiterinnen sich diese schöne Versammlung haben entgehen lassen.

**Salach (Württemberg).** Draußen in der Natur hat der Frühling seinen Einzug gehalten. Der Mai ist gekommen. Von den umliegenden Bergeshöhen grüßt die Blütenpracht der Obstbäume. Die Vögel zwitschern und singen auf Bäumen und im Wiesengrund. Ein Zug des Wandens und der Hoffnung geht durch die sprossende Welt. Unser Salach liegt im Sonntagsfrieden. Alt und Jung freut sich des schönen Tages und zieht hinaus ins Freie. Still liegen die beiden großen Textilfabriken. Nur die rauchgeschwärmten Fabriksschloten mahnen daran, daß die Stille nur eine kurze und vorübergehende ist. Heute ist Sonntagsfriede, morgen aber schon wieder stehen etwa 1300 Arbeiter und Arbeiterinnen im Dienste dieser Fabrikanlagen. Raslos wird dann geschafft. Ob dann diesen 1300 Menschen nicht auch im Innern die Sehnsucht aufsteigt nach einem höheren, geistigen Frühling, nach neuem Werden und einem besseren Sein? Vermag es die lachende Frühlingssonne nicht, in ihnen den Gedanken nachzurufen: Auch für uns kann es einen Frühling geben, eine neue Zeit, wenn wir uns frei machen von Menschenfurcht und Gleichgültigkeit? Auch wir können mehr ehliche Freude am Leben gewinnen, wenn wir uns die Hände zu gemeinsamer Standesarbeit reichen? Wollt ihrer Salacher Textilarbeiter und Arbeiterinnen nicht bald solchen Gedanken mehr als bisher Raum geben und sie zu praktischen Taten ungehalten versuchen, indem ihr euch alle dem christlichen Textilarbeiterverbände anschließt? Das Geld, der Beitrag für den Verband, ist wirklich nicht hinauszugeworfen. Ihr hättet als kleiner Bestandteil einer großen Allgemeinbewegung eure besondere lokale und allgemeine Aufgabe zu lösen. Ihr wäret nicht bloß Mitglied eines „Streikvereins“, sondern einer Bewegung, die sich neben der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch noch höhere Ziele gesteckt hat, die um so eher erreicht werden können, je mehr Kolleginnen und Kollegen mitarbeiten im Verband. Versucht es einmal, nicht bloß örtliche Kirchturnspolitiker zu treiben, sondern von höheren Gesichtspunkten aus geleitete großzügige Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Gewiß kennt man die Hindernisse, die zu überwinden sind. Unsere Lösung muß aber hier sein: Kampf den Hindernissen! Standesbewußte Arbeiter und Arbeiterinnen brauchen nicht in kleingeistiger Menschenfurcht und Liebedienerei nach „Oben“ zu schauen. Wer ehlich und treu seine Arbeit verrichtet, hat in der fleißigen Erfüllung seiner Pflichten auch berechtigten Anspruch darauf, seine Rechte wahrzunehmen und auszuüben. Und sollte das im Salacher Gebiet nicht notwendig sein? Wenn auch in der Salacher Fabrik die Behandlung gerade keine schlechte genannt werden kann, so läßt es in dem einen und andern Punkte doch noch zu wünschen übrig. In der Lohnfrage ist eine kritische Äußerung notwendig. Anlaßlich der Bewegung hat die Arbeitererschaft einige Stücke aufgefessert erhalten. Jetzt hat sich in der Arbeitererschaft der Argwohn festgesetzt, daß diese Stücke mit anderen Namen belegt worden sind, um einer höheren Lohnzahlung aus dem Wege zu gehen. Tatsächlich wird auch von der Arbeitererschaft über eine Verschlechterung in der Lohnzahlung geklagt. Mißstimmung erregt es auch bei den Arbeiterinnen, daß sie vielfach so erbe-



lich lange auf neue Fettel warten müssen. Nur hier und da wird dafür Entschädigung gezahlt, systematisch geregelt ist aber diese Entschädigungszahlung für die in Betracht kommende Arbeiterchaft nicht. Wehlich liegen die Dinge in der Sch. Fabrik. Die Behandlung der Färber erinnert geradezu an den Ton auf dem Kasernenhof. Ausdrücke: Hund, Saupack und verbummelte Gesellschaft! gehören gerade nicht zu den Seltenheiten. Heißgeschwitz mußten im Winter die Färber oft hinaus in das kalte Winterwetter, auf den Hof, um dort für die Fabrikation notwendige Produkte abzuladen. Dann ging wieder in den heißen Raum zurück. Ob die Leitung sich das nicht sagen kann, das durch einen solchen plötzlichen Temperaturwechsel bei den Arbeitern chronische Krankheiten des Körpers die Folgeerscheinung sein können? Um nicht Zeit bei den oft langen Nachhausewegen zu verlieren, muß die Arbeiterchaft, schmutzig wie sie ist, nach dem Pfeifen zum Mittagessen gehen. Könnte hier nicht durch einen etwas früheren Arbeitschluß der Arbeiterchaft Zeit zum Waschen gegeben werden? Warum ist gerade der Montag auf dem Gebiete der Schimpfepisteln für den Herrn Obermeister in der Färberei ein solch kritischer Tag erster Ordnung? Geht das nicht wirklich nicht zu ändern? Auch in der Spinnerei liegen die Verhältnisse ähnlich, wenn auch nicht ganz so arg wie in der Färberei. Die Lohnverhältnisse lassen in der Sch. Fabrik noch viel zu wünschen übrig, sie sind sehr gering. Auch besteht in der Arbeiterchaft ein Verärgerung darüber, daß die Bücher zum Einschreiben der Arbeiterchaft beim Einschreiben nicht jeweilig vorgelegt werden, wodurch ihr eine größere Kontrolle ermöglicht sein würde. So kann sich leicht der Argwohn festsetzen, daß es beim Einschreiben nicht genau genommen wird. Es soll uns recht sein, wenn auf Grund dieser Zeilen die beiden Fabrikleitungen in eine Prüfung der geschilderten Mißstände eintreten und sie abstellen, ohne daß es eines größeren gewerkschaftlichen Kampfes bedürfte. Wir sind keine Klassenkämpfer und haben es gerne, wenn Mißstände, die sich überall bemerkbar machen können, auf friedlichem Wege ohne Kampf ausgerottet werden, wenn wir auch schließlich in ernstlichen Fällen nicht vor einem Kampfe um unser Recht zurückschrecken. Der Salader Arbeiterchaft aber sei noch einmal zugewandt: Denkt daran, daß der Frühling seinen Einzug gehalten hat und werdet nun auch alle recht frühlingssrische Mittkämpfer und Mittkämpferinnen für das heilige Recht unseres deutschen christlich-nationalen Arbeiterstandes!

**Worms.** Eine gut besuchte öffentliche Versammlung fand hier am 30. April in den „Zwölf Aposteln“ statt. Bezirksleiter Köhling behandelte ein aktuelles Thema. Die hiesigen sozialdemokratischen Größen waren mit einem kleineren Tross von Anhängern erschienen und machten von der angelegten Diskussion Gebrauch. Von unserer Seite griffen die Sekretäre Frankenberg und Hummelen in geschickter Weise in die Diskussion ein. Unsere Kollegen sind von dem Resultat dieser Versammlung hochbefriedigt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Worms marschiert.

**Würfeln.** Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß der Vorstand Nachenerstraße 70 ein Geschäftszimmer eingerichtet hat, woselbst der Vorstand jeden Donnerstag von 8-9 Uhr abends in jeder Angelegenheit zu sprechen ist. Die Mitglieder sind in ihrem Interesse gebeten, von dieser neuen Einrichtung regen Gebrauch zu machen. Auch werden die Versammlungen von jetzt ab gleich nach dem Hochamt bei Schümmer an der Kirche abgehalten, wodurch es allen Mitgliedern (auch denen von Weiden) ermöglicht wird, die Versammlungen zu besuchen.

**Soziale Rundschau.**

**Ueber die Unzulänglichkeit des Kinderschutzgesetzes** bringen die neuesten Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten bemerkenswerte Tatsachen.

So lautet der Bericht für Berlin, daß sich die Beschäftigung der Kinder zu einem großen, wenn nicht gar zum größten Teile jeder Kontrolle entzieht. Der Bericht für den Regierungsbezirk Potsdam stellt fest, daß 41 Prozent der fremden Kinder ohne Arbeitskarte beschäftigt und bei 54 Prozent der Kinder sonstige Verstöße festgestellt wurden. Für die Stadt Danzig sind, wie die Gewerbeaufsicht ermittelt hat, 351 fremde Kinder als gewerblich beschäftigt angegeben, während nur 76 Arbeitskarten ausgestellt wurden; ferner war die Hälfte der fremden und ein Drittel der eigenen Kinder gewerblich beschäftigt, im Inspektionsbezirk Elbing sogar zwei Drittel. Für den Regierungsbezirk Köln wurden bei einer Besichtigung von 762 fremden Kindern 514 Zuwiderhandlungen festgestellt und der Bericht für Marienwerder stellt fest:

Aus den jetzt eingegangenen Nachweisungen der Lehrer hat sich ergeben, daß den Polizeibehörden die Beschäftigung der Kinder zum großen Teil und die Zuwiderhandlungen gegen das Schutzgesetz fast ganz entgangen sind.

Eine Besserung versprechen sich freilich die meisten Berichte von der gewissenhaften Durchführung des Ministerialerlasses vom 5. August 1910, demzufolge die schon bisher in den Schulen zu führenden Verzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder einmal auf die eigenen Kinder auszu dehnen und ferner unter Angabe der Arbeitgeber und der Art der Beschäftigung durch Vermittlung des Kreisinspektors dem Gewerbeinspektor in halbjährlichen Zwischenräumen zu übersenden sind. Der Bericht für Berlin weist jedoch auf einen Mangel bei dieser Maßnahme hin, daß nämlich in dem von den Schulen angefertigten Verzeichnis keine Angaben über das Alter der Kinder und die Dauer ihrer Beschäftigung gemacht werden. Bemerkenswert ist auch eine in Frankfurt a. M. getroffene Maßregel, wonach alle Anträge auf Anstellung von Arbeitern dem Gewerbeinspektor zur gütlichen Abklärung vorgelegt werden, und der Bericht für Arnberg teilt mit, daß die Polizeiverwaltung einer größeren Stadt des Ansichtsbezirk verjüngt habe, die Arbeitskarte solle erst dann ausgestellt werden, wenn der Schulvorsteher eine solche Beschäftigung des Kindes für unbedingt erklärt hat. Noch einen Schritt weiter ist man in Brandenburg a. N. gegangen, wo ebenfalls sämtliche Anträge auf Anstellung einer Arbeiterteile durch den Schulvorsteher zur Abklärung darüber gehen, ob das Kind in seiner geistigen und körperlichen Entwicklung so weit fortgeschritten ist, daß ihm ohne

Schädigung gestattet werden kann, gewerbliche Arbeit zu verrichten, wo aber vor Abgabe dieser Erklärung noch der zuständige Schularzt gehört wird. Die letztere Maßnahme wird in dem Bericht für Berlin besonders empfohlen, und zwar aus zwei Gründen, nämlich einmal, weil die Lehrer vielfach aus Rücksicht auf die mehrfach hervorgetretene Verschlechterung der Beziehungen zu den Eltern ein rigoroses Vorgehen gegen die gesetzwidrige Kinderbeschäftigung scheuen, und weil ferner der Arzt selbstverständlich ein besseres Urteil über die gesundheitlichen Folgen der Kinderbeschäftigung hat. Hat doch ein Berliner Schularzt festgestellt, daß 15 Prozent der beschäftigten Kinder krank oder doch leidend waren.

Mit Recht betont auch der Bericht für den Regierungsbezirk Liegnitz, daß eine große Schwierigkeit für die Durchführung des Kinderschutzgesetzes dessen Unverständlichkeit bildet, und zur Erläuterung der mehrfach betonten Tatsache, wie wenig selbst die zuständigen Behörden noch mit den Bestimmungen des Gesetzes vertraut sind, teilt der Bericht für Minden mit, daß in einer kleinen Stadt des Bezirkes sogar der Polizeidiener seine noch nicht 12 Jahre alte Tochter entgegen der Vorschrift im § 17 Zeitungen austragen ließ. Verschiedentlich wird deshalb von den Gewerbeinspektoren vorgeschlagen, daß den Arbeitskarten Merkbilder mit einem Auszug aus den in Betracht kommenden Gesetzesvorschriften beigelegt werden, und die Berichte für Berlin, Merseburg, Arnberg und Gumbinnen-Allenstein appellieren bei dieser erforderlichen Aufklärungsarbeit noch ganz besonders an die Presse. In den Berichten für Berlin, Potsdam, Breslau, Merseburg und Schleswig wird als wirksamstes Mittel einer besseren Durchführung des Kinderschutzgesetzes eine energischere Handhabung der strafrechtlichen Bestimmungen bezeichnet, und endlich weist der Bericht für Magdeburg noch auf die von dem Gesetz bisher leider nicht erfaßte Seite dieser Frage, nämlich die häufig beklagte „übermäßige Heranziehung der Schulkinder zu landwirtschaftlichen Arbeiten“, hin, „der die Behörden mangels einer gesetzlichen Handhabe machtlos gegenüberstehen“.

**Eine starke Abnahme des Alkoholenusses in Deutschland.** Nach der letzten amtlichen Statistik über die Branntweinerzeugung im Betriebsjahr 1909/10 (Vierteljahrheft zur Statistik des Deutschen Reichs 1911, 1. Nachtrag, Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht) sind nur 1.783.027 hl Branntwein für Genußzwecke in den freien Verkehr gesetzt worden gegen 2.650.622 hl im Betriebsjahr 1908/09. Es ergibt dies einen Rückgang um 867.595 hl. Auf den Kopf der Bevölkerung kommt ein Trinkbranntweinverbrauch von 2,81, während das Jahr 1908/09 einen Verbrauch von 4,21 gehabt hatte, so daß sich gegenüber dem vorausgegangenen Jahre ein Rückgang um 1,41, also um genau ein Drittel ergibt. In den letzten 20 Jahren hat der Branntweinverbrauch zwischen 3,8 und 4,71 auf den Kopf geschwankt, wobei die Veränderungen von Jahr zu Jahr höchstens 0,31 betragen haben. Es fehlt nicht an Anzeichen, daß diese Bewegung zur Verminderung des Alkoholverbrauchs für Trinkzwecke auch noch anhält, denn die Branntweinverbrauchsabgabe hat im Jahre 1910 einen starken Rückgang erfahren.

Im Anschluß an diese Notiz aus der „Sozialen Praxis“ bringen wir einige Zahlen über die Stärke der deutschen Abstinenzvereinigungen:

Nach den jüngsten genauen Ermittlungen zählt man angeblich in Deutschland an Mitgliedern der verschiedenen Sattmaler-Organisationen (vorwiegend in Nord- und Mitteldeutschland vertreten): a) Erwachsene ca. 54.000, b) Kinder ca. 18.000, Summa ca. 72.000, Kreuzbündnisse (vorwiegend in Nord- und Mitteldeutschland): a) Erwachsene ca. 50.000, b) Kinder ca. 8.000, Sa. ca. 58.000, Kreuzbündnisse: a) Erwachsene ca. 12.000, b) Kinder ca. 26.000, Sa. ca. 38.000, des Arbeiter-Abstinenzbundes ca. 2.000, der abstinente Schüler- und Studentenverein ca. 800, Sa. ca. 1.700.000. In kleineren Sondervereinen (vornehmlich Fachvereinen) sind etwa 7-8.000 Abstinente organisiert; doch sind diese vielfach noch Mitglieder einer der oben genannten Vereinigungen. Ferner sind sämtliche Mitglieder der Heilarmee und ein Teil der organisierten Vegetarier und Lebensreformer Abstinente. Die Gesamtzahl der organisierten deutschen Abstinente ist daher mit 180.000 eher zu niedrig als zu hoch angegeben. Erheblich größer noch scheint indessen die Zahl der nicht organisierten Abstinente zu sein und deren, die unter dem Einflusse der Bewegung ihren Alkoholenuss ganz bedeutend eingeschränkt haben.

**Ein wunder Punkt.** In den eben erschienenen Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsicht findet in allen Bezirken die Tatsache Erwähnung, daß in den Betrieben zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen außer den Heilgehilfen in ausgedehntem Maße freiwillige Samariter herangezogen werden. Diese Gruppe besteht aus Meistern, Vorarbeitern, Spürtern und Arbeitern. So sind beispielsweise im Regierungsbezirk Köln in den 30 größten Betrieben, die 28682 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, 539 ausgebildete Samariter neben 13 Heilgehilfen vorhanden. Darunter befinden sich acht Arbeiterinnen. Diese sind in einer 1120 Personen beschäftigenden Papierfabrik neben 45 männlichen Samaritern tätig. Der Bericht bemerkt dazu, daß sich die Ausbildung der Arbeiterinnen im Anlegen von Verbänden bewährt habe. Einmal zeigten die Arbeiterinnen beim Anlegen der Verbände großes Geschick und andererseits würde der weibliche Samariter von verletzten Arbeiterinnen naturgemäß lieber in Anspruch genommen zur Hilfeleistung.

Leider findet sich in dem ganzen preussischen Gewerbeaufsichtsbericht kein weiterer Hinweis mehr, daß auch in anderen Bezirken Arbeiterinnen des Anlegens von Ver-

bänden kundig seien. Das ist sehr bedauerlich. Bedenkt man, daß nach demselben Bericht in 155.530 Betrieben 619.212 Arbeiterinnen tätig waren, so ist es ein wirklich wunder Punkt, welcher der Regelung bedarf. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum nicht auch Arbeiterinnen zur Hilfeleistung bei Unfällen ausgebildet werden sollen. Hoffentlich findet die im Kölner Bezirk geschilderte Neueinrichtung reichliche Nachahmung. Die Arbeiterinnen werden es zu danken wissen. w.

**Briefkasten.**

Nach Hannover. Gewiß! August Pieper ist kein Mann, sondern eine Frau und heißt Auguste. Besten Gruß. „Dichter“: Wir wollen den „Frühlingssturm“ nur im Papierkorb „brüllen“ lassen. Da richtet er kein Unheil an. Was mag der Frühling, der liebe Geselle, dir nur eigentlich zuleide getan haben, daß du ihn sogar andiebst?

**Versammlungskalender.**

- Amerst. St. Georg. 14. Mai, 11 Uhr, bei Kurth (an der Bahn), Abrechnung der Förderer und Agitationskommissionsversammlung.
- Biettrath. 21. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Rudolf Gerats.
- Bocholt. 16. Mai, 8 1/2 Uhr, im Arbeitervereinshaufe St. Joseph, wichtige Mitgliederversammlung.
- Bransche. 14. Mai, 11 1/2 Uhr, bei Wilt. Vor dem Berge.
- Eberfeld. 20. Mai, 8 Uhr, bei Herkenrath, Klobbahn.
- Germers-Dahl. 13. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Wilt. Gottschalk.
- Leuth b. Kaldentrichen. 25. Mai, 6 Uhr, bei Franz Dücker.
- Lobberich. 14. Mai, 11 Uhr, bei Otto Rüppers.
- Ochtrup. 13. Mai, 1/29 Uhr, bei Franz Herbering, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung.
- Oedt. 14. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Heim. Krans.
- Rheht. 14. Mai, 11 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchenerstraße 35, Generalversammlung.
- Schaag. 14. Mai, 11 Uhr, bei Math. Hermes, Vorstand- und Fördererversammlung.
- Vierßen (Gelenabrunn). 14. Mai, 1/211 Uhr, bei Johann Genenger, Ummerstr., außerordentliche Generalversammlung, Odenkirchenerstr., Generalversammlung.
- Werden (Ruhr). 14. Mai, 10 Uhr, im Lokale zur Krone, am Markt.
- Wickrath-Benrath. 14. Mai, 10 Uhr, bei Peter Freyken, Odenkirchenerstr., Generalversammlung.
- Würfeln. 28. Mai, nach dem Hochamte, bei Schümmer.

**Bezirk M.-Gladbach.**

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom 15. Mai ab sich die Geschäftsstelle nicht mehr Lüperkenderstr. 78, sondern Lüperkenderstr. 30 befinden wird.

Wilt. Hermes  
Bezirksvorsitzender.

**Bezirk IV. (Barmen).**

Das Bezirks- und Lokalsekretariat befindet sich in Barmen, Heddinghauserstraße 6. Fernsprecher Nr. 4253.

Ernst Blankaengel  
Feinr. Fahrenbrach.

**Sterbe-Tafel.**

Es starben die Verbandsmitglieder:  
 Wilhelm Ungerechts in Wiersen.  
 Barbara Thissen in Eupen.  
 Johann Bönnen in M.-Gladbach.  
 Jacob Scheiben in Wickrath.  
 Carl Raabe in Delmenhorst.  
 Lina Wüst in Mülhausen i. Els.  
 Lambert Münster in Eupen.  
 Johann Ernst in Eupen.  
 Ehre ihrem Andenken!

**Inhaltsverzeichnis.**

Stunden. — Artikel: Unser Verband im Jahre 1910. — „Sozialistische“ oder „bestehende“ Wirtschaftsordnung! — Das neue Verfahren in der Arbeiterversicherung. — Arbeiterinnenschuß. — Feuilleton: Die Handweberei in St. Hubert. — Aus der Arbeiterbewegung: Ausschüßigung des Gesamtverbandes. — Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter. — Die Partei der Phrasen und des Volksbetrugs. — Ersetzt der Arbeiterinnenverein die Gewerkschaft? — Kriegervereine und Arbeitswillige. — Sozialdemokratische Kreisvereine am Pranger. — Falschung und Täuschung als sozialdemokratische Agitationswaffen. — Rundgebungen für die Reichsversicherungssordnung. — In den Fortbildungsschulen des „Ruferlandes“. — Wo sitzen die Streikbrecher? — Ihre völlige Ohnmacht. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarke. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Coesfeld. — Hüningen (Els.). — Lambrecht. — Leichhausen. — Aus unseren Bezirken: Waden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Mägen-Burtscheid. — Ag. — Greiz. — Kaufbeuren. — Kolbermoor. — Salach (Württemberg). — Worms. — Würfeln. — Soziale Rundschau: Ueber die Unzulänglichkeit des Kinderschutzgesetzes. — Eine starke Abnahme des Alkoholenusses in Deutschland. — Ein wunder Punkt. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Adressenänderungen. — Sterbetafel.